Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Baden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M. Einzelnummer 30 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 3,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Brieflieferung 40 Pf.

Nr. 155 | Dresden, Mittwoch den 6. Juli 1921 | 32. Jahrg.

Der kommende Bürgerblock?

Vor einigen Tagen brachte die Frankfurter Zeitung von einem „gut informierten Politiker" eine Zuschrift unter der Ueberschrift „Wiederkehr des schwarz-blauen Blocks?" In diesem Artikel wird darauf hingewiesen, daß die Reaktion allenthalben erstarkt und die Annäherung zwischen den bürgerlichen Parteien einschließlich der Deutschnationalen immer größer wird. In der letzten Zeit ist ja auch nur allzuoft der Fall eingetreten, daß in den Parlamenten die bürgerlichen Parteien geschlossen gegen die sozialistischen Parteien stimmten.

Die Sozialdemokratie ist zwar an der Reichsregierung beteiligt und der gegenwärtige Reichskanzler Wirth hat den ehrlichen Willen, eine links gerichtete Politik zu treiben, wobei es allerdings sehr zweifelhaft ist, wie weit er die Unterstützung seiner Partei haben wird.

Aber in Preußen weigert sich Herr Stegerwald nach wie vor, Sozialdemokraten in die Regierung aufzunehmen, trotzdem er sich unmittelbar nach der Annahme des Ultimatums für eine Umgestaltung der preußischen Regierung ausgesprochen hat. Herr Stegerwald würde allerdings so gnädig sein, in seinem Kabinett Sozialdemokraten zu dulden, denn er jagt dem Trugbild einer Einheitsfront nach, die möglichst von den Deutschnationalen bis zur Sozialdemokratie reichen soll, doch müßte dann die Sozialdemokratie bereit sein, mit Vertretern der Deutschen Volkspartei in der Regierung zusammen zu arbeiten. In einem Kabinett, wie es den Herzenswünschen des Herrn Stegerwald entspräche, würde die Sozialdemokratie zwar vertreten sein, sie hätte aber nicht den ihr gebührenden Einfluß, sondern wäre nur ein Dekorationsstück. Herr Stegerwald will unter keinen Umständen gegen rechts regieren. Aber da die Herren von rechts nicht gewohnt sind, irgend welche Zugeständnisse zu machen, so wird Herr Stegerwald nach der Pfeife der Reaktionäre tanzen müssen.

Im Reichstag haben sich wiederholt alle bürgerlichen Parteien zusammengefunden, um die Interessen der Arbeiterschaft mit Füßen zu treten. Alle bürgerlichen Parteien haben zusammengewirkt bei der Neuregelung der Brotgetreideversorgung, die zur Folge hat, daß die Massen des Volkes zugunsten der Agrarier in der ärgsten Weise ausgewuchert werden. Man hat die Menge des Getreides, das zu einem festgesetzten Preis von den Landwirten abgeliefert werden muß, lächerlich niedrig bemessen, und trotzdem die Agrarier bei dem Verkauf des freigelassenen Teils ihrer Getreideernte riesige Gewinne machen können, ist nun auch der Preis für das ablieferungspflichtige Getreide so festgesetzt worden, daß den Landwirten dabei noch ein guter Gewinn bleibt. Bis auf einen kleinen Teil der Zentrumsabgeordneten haben alle bürgerlichen Mitglieder des Reichstags für die Wiedereinführung der schwarz-weiß-roten Fahne als Handelsflagge gestimmt. Sie haben damit bewiesen, daß sie es nicht wagen, den reaktionären Treibereien von rechts gegenüber ihre republikanische Gesinnung entschieden zu betonen. Immer mehr wird der Eindruck verstärkt, daß es außerhalb der Sozialdemokratie nur sehr wenige ehrliche Republikaner und Demokraten gibt. Daß sich unter solchen Umständen die Reaktion in der Verwaltung und in der Justiz immer mehr hervorwagt, ist nur zu erklärlich. Bezeichnend ist, daß das Reichsgericht es wieder abgelehnt hat, den Herrn von Jagow hinter Schloß und Riegel zu setzen, trotzdem er die Justiz so frech verhöhnt hat, und das in einer Zeit, wo die Justiz Tag um Tag zeigt, daß sie Hochverräter sehr scharf anzufassen versteht, wenn es sich um Kommunisten handelt. Mit der Möglichkeit der Bildung eines rein bürgerlichen Blocks gegen den Sozialismus muß aber vor allem gerechnet werden, wenn es gilt die Verteilung der Wiedergutmachungslasten endgültig zu regeln. Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß die Lösung der Wiedergutmachungsfrage nicht möglich sein wird, ohne daß auch die Volksmassen schwer belastet werden. Im bürgerlichen Lager aber sieht man fast nirgends etwas Bereitwilligkeit zur Uebernahme neuer Lasten.

Gewiß stehen jeder neuen Steuerbelastung unter den gegenwärtigen Umständen schwere volkswirtschaftliche Bedenken gegenüber. Eine hohe Belastung von Einkommen und Besitz kann zu einer volkswirtschaftlich unerwünschten Erschwerung der Kapitalneubildung führen. Aber auch hohe indirekte Steuern sind ein schwerer Schaden für unsre Volkswirtschaft. Zweifellos können die Besitzenden noch recht tief in ihren Beutel greifen; während die große Masse der Arbeiter sich kaum sattessen kann und das Notwendigste entbehren muß, sind alle Badeorte und Sommerfrischen überfüllt und unsre Luxushotels machen glänzende Geschäfte. Die Zahl der Leute ist recht groß, die sehr gut ihren persönlichen Bedarf ganz gewaltig zuungunsten der Allgemeinheit einschränken können.

Sollte man in bürgerlichen Kreisen glauben, daß die Sozialdemokratie sich dazu hergeben werde, eine Steuerpolitik mitzumachen, die die Massen schwer trifft und die Besitzenden dabei schont, so wäre man auf dem Holzwege. Werden bei den kommenden Steuergesetzen die besitzenden Klassen nicht sehr hart angefaßt, so wird die Sozialdemokratie aus der Regierung ausscheiden und die bürgerlichen Parteien mögen dann ruhig einen antisozialistischen Block bilden, der die Steuergesetze gegen die sozialistischen Parteien beschließt. Sie werden ja sehen, wie weit sie dabei kommen. In der Arbeiterschaft wächst, wie der Beschluß des Landesparteitags der sächsischen Sozialdemokratie von neuem wieder gezeigt hat, immer mehr der Wille zur gemeinsamen Arbeit für den Sozialismus. Wenn die bürgerlichen Parteien das ihrige dazu tun wollen, um die Arbeiterschaft enger zusammenzuschweißen, so soll uns das recht sein. Letzten Endes wird eine solche Politik dem Sozialismus zugute kommen.

Das Steuerprogramm der Reichsregierung

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 6. Juli. Reichskanzler und Reichsfinanzminister Wirth wird, wie bekannt, heute vormittag vor der Reparationskommission des Reichswirtschaftsrates oder heute nachmittag im Plenum des Reichstags in großen Umrissen das Steuerprogramm der Reichsregierung mitteilen. Die Verhandlungen innerhalb des Kabinetts über das Steuerprogramm haben wochenlang angedauert. Man weiß, daß es erhebliche Gegensätze, insbesondere zwischen den Auffassungen des Reichsfinanzministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums gegeben hat. Es ist jedoch gelungen, diese Gegensätze auszugleichen und eine Einigung innerhalb des Kabinetts zu erzielen. Der Gesamtbetrag, der zur gänzlichen oder teilweisen Deckung des Inlandsbedarfs und der sich aus der Annahme des Ultimatums ergebenden Verpflichtungen jährlich durch bestehende, erweiterte oder neue Steuern aufgebracht werden soll, beläuft sich auf etwa 80 Milliarden Papiermark. Diese ungeheure Summe soll zur einen Hälfte durch direkte Steuern, zur andern Hälfte durch indirekte Steuern aufgebracht werden. Es ergibt sich ungefähr folgende Gliederung: Die Besitzsteuern: zu ihnen würden gehören: die Einkommensteuer, die durch eine schärfere Erfassung ertragreicher gestaltet werden soll, die erhöhte Körperschaftssteuer, die Kapitalertrags- und die Kapitalverkehrssteuer, die Erbschaftssteuer, die eine mäßige Erhöhung erfahren soll, die eigentliche Besitzsteuer, nämlich die laufende Vermögenszuwachssteuer und das Reichsnotopfer, das „verdreifacht" werden soll. Die Reform des Reichsnotopfers ist in der Form gedacht, daß seine Erhebung auf zehn Jahre zusammengedrängt werden soll. Bei seiner Bemessung soll vom Gegenwartswert ausgegangen der Geldentwertung Rechnung getragen werden. Um aber bei der Unsicherheit des Markwertes Ungerechtigkeiten zu vermeiden, soll die Veranlagung von zwei zu zwei oder von drei zu drei Jahren neu erfolgen. Zu den Besitzsteuern werden auch die Ergänzungssteuern der einzelnen Steuern hinzugerechnet. Der Gesamtertrag der Besitzsteuern wird auf 40 Milliarden Mark geschätzt, der der Steuern auf Getränke und Tabak, die nicht erhöht werden, bei denen aber die bestehende Erleichterung in Fortfall kommen soll, auf fünf bis sechs Milliarden Mark. Sonstige indirekte Steuern: In dieser Gruppe sollen die Erhöhung der Umsatzsteuer von 1½ auf 3 Prozent, mäßige Erhöhung der Kohlensteuer, Leuchtmittelsteuer, Zündholzsteuer und einige kleine andre Steuern. Das Jahreserträgnis wird mit etwa 32 Milliarden angenommen.

Man entnimmt aus dieser ungefähren Aufstellung, daß die direkten und indirekten Steuern einander etwa die Wage halten. Die direkten Steuern sind um wenige Milliarden höher veranschlagt als die indirekten. Dieses Gleichgewicht zwischen direkten und indirekten Steuern ist zweifellos das Ergebnis politischer Erwägungen, die darauf gerichtet sind, die parlamentarischen Schwierigkeiten für die Durchbringung des Steuerprogramms zu verringern. Der Reichstag dürfte heute im Anschluß an die Rede des Reichskanzlers und der Debatte die Einsetzung einer besonderen Steuerkommission beschließen, der während der Sommerferien die Vorbereitung der einzelnen Steuergesetzentwürfe obliegen würde.

Die Berliner Garantiekommission

Haag, 5. Juli. Die Berliner Kommission, die auf Anordnung der Garantiekommission eingesetzt worden ist, steht gleich mit der Oberaufsicht der deutschen Verwaltung auf dem Gebiet der Finanzen und der Zölle. An der Spitze der Zollabteilung steht ein statistischer Beamter. Er hat einen Stab von Beamten zur Inspektion aller Zolleinnahmen und zur Nachprüfung der Einnahmen bei der deutschen Zollverwaltung. An der Spitze der Finanzabteilung wird ein Fachmann die deutschen Finanzen im ganzen überwachen. Auch er hat einen Stab reisender Beamter für die Inspektion der örtlichen Finanzverwaltungen.

Im Hinblick auf die von Deutschland zu entrichtenden Reparationszahlungen hat die Kommission getrennte Finanzpläne für das Jahr 1921 bis 1922 und für die folgenden Jahre aufgestellt. Der Gesamtbetrag, den Deutschland mit Ende des am 30. April 1922 beendeten Rechnungsjahres voll zu leisten hat, ist auf 2 Milliarden 650 Millionen Goldmark angesetzt. Hiervon sind 2,350 Milliarden Goldmark bereits in Sicht; 300 Millionen Goldmark müssen noch aufgebracht werden.

Deutsche Lieferungen für Frankreich

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 7. Juli. Wie der Intransigeant meldet, werden die deutsch-französischen Besprechungen am 11. Juli wieder aufgenommen. Der Austausch der Unterschriften wird in Wiesbaden zwischen Rathenau und Loucheur erfolgen. Das Abkommen, das getroffen wurde, bezieht sich auf Waren- und Rohmaterialienlieferungen im Werte von 15 Milliarden (Franken, Goldmark oder Papiermark? Die Red.), die Frankreich von Deutschland fordert. Es handelt sich nicht bloß um Lieferungen für die zerstörten Gebiete, sondern auch um den Ankauf von 500 Lokomotiven und 25 000 Waggons von Frankreich.

Berlin vor dem Lichtstreik

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 6. Juli. Im Laufe des heutigen Tages wird die Entscheidung darüber fallen, ob morgen Berlins Gas- und Elektrizitätsversorgung wieder aussetzen und die Straßenbahnen stillegen werden. Die 3000 Funktionäre der städtischen Arbeiter haben gestern einmütig beschlossen, ihren Kollegen zu empfehlen, sofort in den Sympathiestreik für die städtischen Gutsarbeiter einzutreten und ihren Willen dazu in einer Urabstimmung kundzutun, die heute vormittag bereits begonnen hat. Nachdem nach den Kommunisten auch die Funktionäre der U. S. P. D. für den Streik eingetreten sind, ist wenig Hoffnung vorhanden, daß der Ausstand zu vermeiden sein wird. Der vor drei Wochen ausgebrochene Streik auf den städtischen Gütern ist für die Arbeiter verloren. Die Verhandlungen scheiterten, weil sich auf der einen Seite die Gutsarbeiter mit geringfügigen Zugeständnissen nicht zufrieden geben wollten und auf der andern Seite der Magistrat sich außerstande erklärte, wesentliche Zulagen zu gewähren, da er kaum noch Geld hat, seine gegenwärtigen Verpflichtungen zu erfüllen. Außerdem zahlt der Magistrat den Gutsarbeitern mehr, als der höchste Landarbeitertarif in Deutschland vorsieht.

Zum Fall Jagow vor dem Reichstage

Berlin, 6. Juli. Im Anschluß an die gestrigen Erörterungen des Reichstages über den Fall Jagow schreibt der Vorwärts: Gegen den Minister Schiffer haben die Kommunisten ein Mißtrauensvotum beantragt, über das heute abgestimmt wird. Es wird abgelehnt werden. Die Sozialdemokraten haben in der gestrigen Debatte ihre Meinung ausgesprochen. Ihre Stellung zu der Regierung werden sie sich nicht von den Kommunisten vorschreiben lassen.

Der Kampf um Oberschlesien

Paris, 6. Juli. Ueber den Zwischenfall in Beuthen schreibt Gustav Hervé in der Victoire: Wenn es Verantwortliche für diesen neuen Zwischenfall gibt, so sind es unsre polnischen Freunde, die durch ihren Aufstand das Unbehagen Englands und die Verteidigung des deutschen Zeitbündnisses hervorgerufen haben. Dadurch wird die schwierige Lage noch verwickelter. Die Entscheidung der Alliierten wird um mehrere Wochen hinausgeschoben, da sie ihre Entscheidung bisher nicht treffen konnten und nunmehr die Grenze nur unter Bedrohung mit dem Bajonett festlegen können. — Tem Matin zufolge beabsichtigt der Abgeordnete Delore in der Kammer wegen des Zwischenfalls, der sich in Beuthen ereignet hat und der zu dem Tode des französischen Majors Montalegre führte, zu interpellieren.

Breslau, 6. Juli. Die Lösung der oberschlesischen Frage treibt der Entscheidung zu. Die ausländische Presse beschäftigt sich bereits eingehend mit der bevorstehenden Entscheidung des Obersten Rates. Es ist erklärlich, daß die französische Presse die polnischen Unterstände restlos erfüllt wissen will, während in der englischen und zum Teil auch in der italienischen Presse auch die deutschen Ansprüche in gewissem Umfange als berechtigt anerkannt werden. Bemerkenswert ist die Ansicht des Berliner Vertreters der Nieuwe Rotterdamsche Courant, der zunächst auf die Sanktionsfrage eingeht. Der Bericht beschäftigt sich dann mit dem polnischen Aufstand in Oberschlesien, der die Besetzung des Industriegebietes zum Ziele hatte. Die Interalliierte Kommission in Cropeln hat, nach Ansicht des holländischen Journalisten, ihre Pflicht nicht erfüllt, die darin behaupten heißt, die Polen sofort aus Oberschlesien wieder herauszuwerfen. Diese Unterlassung ist die einzige Gegenleistung der Verbündeten auf die Annahme des Ultimatums durch Deutschland. Der Berichterstatter erklärt dem deutschen Selbstschutz volle Gerechtigkeit widerfahren, der nur deshalb entstanden sei, weil die deutsche Bevölkerung wehrlos der Willkür der polnischen Banden ausgeliefert wurde. — Dann heißt es weiter: Die Behandlung, welche Deutschland in der oberschlesischen Frage erfuhr, ist in hohem Maße eine Ungerechtigkeit. Sie sei auf hollendisch gesagt, sehr gemein. Das klingt sogenannt deutschgesinnt. Aber müßte man denn die Wahrheit verschweigen, weil sie diesmal für Deutschland ist? Das wäre eine Verletzung der Sittlichkeit. Uebrigens finden auch die Engländer die Behandlung ungerecht. Sie konnten oder wollten aus verschiedenen Gründen nur nicht dagegen auftreten.

Sitzung des Obersten Rates

Eigene Drahtmeldung

Paris, 6. Juli. Marcel Hutin schreibt im Echo de Paris, daß er auf eine Anfrage, die er an einen außerordentlich gutunterrichteten Diplomaten über die nächste Sitzung des Obersten Rates richtete, die Antwort erhielt, daß die Konferenz nicht vor Mitte August stattfinden wird.

Aus London wird gemeldet, die Times erklären, daß man in London keine andern Informationen erhalten habe, als daß Briand vor dem 20. August keiner Tagung des Obersten Rates beiwohnen werde. In London ist keine Einladung zu einer Konferenz eingelaufen und es sind keine Vorbereitungen getroffen worden für eine Konferenz, die in den nächsten Wochen in Boulogne zusammentreten würde.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210706/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Irenkonferenz in Dublin

Im Rathaus von Dublin, auf dem die amerikanische Flagge weht, wurde Montag vormittag die Konferenz zwischen den Sinnfeinerführern Devalera und Griffith und den vier Unionistenführern in Irland eröffnet. Star zufolge wurde die Konferenz nach 3½stündiger Verhandlung bis Freitag vormittag vertagt. Star will von maßgebender Seite in London erfahren haben, die Nachrichten aus Dublin gaben Grund zu der Hoffnung, daß nach Beendigung der Dubliner Besprechungen Devalera nach London kommen werde und zwar noch vor dem 13. d. M. Manchester Guardian meldet, wenngleich Sir James Craig nicht an der Konferenz in Dublin teilnehme, sei doch dafür gesorgt, daß seine und seiner Freunde Ansichten auf der Konferenz zum Ausdruck gebracht werden würden.

Craig ist der Unionistenführer der Grafschaft Ulster. Die Unionisten von Ulster haben an der Konferenz nicht teilgenommen. Es verlautet, daß der erste Minister von Südafrika, Smuts, der augenblicklich an der englischen Reichskonferenz in London teilnimmt, nach Dublin fährt, um die Verhandlungen zu fördern. Diese Vermittlerrolle ist um so bemerkenswerter, als der südafrikanische Freistaat einen, wenn auch bedeutend kürzeren, so doch ähnlichen Kampf mit England austragen mußte wie Irland. Es gibt heute keine überzeugteren Anhänger des englischen Weltreichsgedankens als die ehemaligen Buren.

Sozialistische Opposition gegen Bonomi

Parteipolitisch besteht das neue italienische Kabinett aus zwei Sozialreformern (Bonomi und Beneduce), drei Demokraten, vier Volksparteilern, drei Liberalen und einem Freikonservativen. Der für das auswärtige Amt in Aussicht genommene Marquis de la Torretta gehört keiner Partei an. Die Sozialdemokraten sind zur Opposition übergegangen, die Volksparteilen stimmen ohne Vorbehalt zu, die Rechtsparteien gehen zur Opposition über. Alles in allem wird das neue Kabinett um seiner jungen Leute willen sympathisch aufgenommen. Information in Paris vernimmt aus Rom, daß die Katholiken eine vorherrschende Stellung im Kabinett erhalten haben. Wegen der bevorstehenden Versöhnung von Quirinal und Vatikan ist dies von besonderer Bedeutung.

Der Belagerungszustand in Beuthen

Beuthen, 6. Juli. Die Stadt ist hermetisch von der Außenwelt abgeschlossen. Der **verschärfte Belagerungszustand, der über die Stadt verhängt wurde, gestattet der Bevölkerung nicht, die Stadt zu verlassen.** Es sind infolge des gestrigen Vorkommnisses weitere Geiseln, meist Führer der deutschen Parteien und Gewerkschaften festgenommen worden.

Oppeln, 6. Juli. Von Augenzeugen wird aus Beuthen berichtet, daß bei dem **blutigen Zwischenfall anläßlich des englischen Einzugs, französische Mannschaften** mit gefälltem Bajonett unter der unbewaffneten Volksmenge ein furchtbares Blutbad anrichteten. Unter anderem wurde ein junger Mann, der sich um eine schwerverletzte Frau bemühte, mit dem Gewehrkolben erschlagen. Sein Kopf war von Bajonettstichen bis zur Unkenntlichkeit zerstochen. Die genaue Zahl der Toten läßt sich noch nicht feststellen. Abends nach 8 Uhr, nachdem bereits die Straßen geräumt waren, durchzogen französische Patrouillen die Stadt und warfen wahllos Handgranaten in die einzelnen Häuser.

Russisch-ungarischer Gefangenenaustausch

Aus Budapest wird uns gemeldet: Die russische Sowjetregierung hatte bekanntlich bei noch in Rußland befindlichen kriegsgefangenen ungarischen Offiziere als Geiseln für die in Ungarn verurteilten Volksbeauftragten zurückbehalten. Die daraufhin seitens des ungarischen Kabinetts eingeleiteten Verhandlungen haben nunmehr zu einem Abkommen geführt, das in den nächsten Tagen in Riga von dem ungarischen Delegierten Dr. Jungheert und dem russischen Abgesandten Hanetzki unterzeichnet werden wird. Sofort nach der Unterschrift wird gemäß dem Abkommen der Abtransport sämtlicher noch in Rußland befindlichen 60 000 ungarischen Kriegsgefangenen beginnen, während anderseits die von der russischen Regierung bezeichneten politischen Gefangenen Ungarns freigelassen werden. Für die Reisefolge des Austausches sind russischerseits besondere Pässe ausgestellt worden, und zwar sollen in erster Linie freigelassen werden, die verurteilten Volksbeauftragten, sodann diejenigen Gefangenen, die zum Tode verurteilt, aber noch nicht hingerichtet sind, ferner die verurteilten Sowjetfunktionäre, schließlich die Mitglieder der Kommunistischen Partei Ungarns, die Internierten und die übrigen politischen Gefangenen. Die ungarische Delegation begleitet die Unterzeichnung mit einem Protest gegen die Einmischung in die innerpolitischen Verhältnisse Ungarns.

Ungarische Justiz

Vor dem Budapester Sondergerichtshof hatte sich eine Gruppe Jugendlicher wegen Hochverrats zu verantworten. Die Angeklagten wurden beschuldigt, den Versuch zur Gründung einer illegalen kommunistischen Gruppe in Budapest gemacht zu haben. Das Gericht sprach sie jedoch nur wegen Verbreitung kommunistischer Schriften schuldig und verurteilte die drei Hauptangeklagten, darunter eine 18jährige Studentin, zu je 15 Jahren Zuchthaus, drei andre Angeklagte zu je 12 und drei weitere zu je 10 Jahren Zuchthaus. Nach Verkündung des Urteils rief einer der Angeklagten: „Es lebe die Weltrevolution", in welchen Ruf ein Teil der Zuhörer, die sich zumeist aus Gesinnungsgenossen der Angeklagten rekrutierten, einstimmte. Der Präsident ließ den Saal räumen und mehrere Verhaftungen vornehmen.

Eine Volkszählung in Rußland

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 6. Juli. Einer Helsingforser Meldung zufolge, geht aus dem Bericht des Kommissars Michailowsk über die Volkszählung hervor, daß die Zahl der Bevölkerung Sowjetrußlands jetzt 133 Millionen beträgt, also um 12 Millionen weniger als im Jahre 1914 (offenbar wurde bei beiden Volkszählungen die Bevölkerung der selbständig gewordenen Randstaaten nicht mit gerechnet, somit wurde die Verminderung eine viel größere sein.) Bezeichnend für den bureaukratischen Charakter des Sowjetregimes ist das Ergebnis der Volkszählung, wonach die Zahl der Beamten in Moskau allein 1920 nicht weniger als 225 000 betrug, während 1917 vor der Bolschewistenherrschaft die Zahl der Beamten im ganzen zaristischen Reiche nicht mehr als 228 000 betrug.

Ein „leuchtendes Beispiel"

Was in der „Ordnungszelle" des Deutschen Reiches, in Bayern, an politischer Vergiftung und Verhetzung des Volkes durch reaktionäre deutsch-völkische Rowdys geleistet wird, darüber kann man sich in vielen deutschen Gauen noch immer nicht die rechte Vorstellung machen.

Kürzlich wurde gemeldet, daß in München ein sozialdemokratisches Flugblatt konfisziert worden ist, das den Abscheu der Arbeiterschaft gegen den Haß, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und den Mord ausdrückte. Im Gegensatz dazu predigte es die Menschenliebe. Sein Schlußsatz lautete: „Du bist ein Mensch, du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst. Du sollst nicht ausbeuten! Du sollst nicht töten!" Aus diesem Flugblatt sprach das sozialistische Evangelium der Menschenliebe und Menschenachtung. Das wird in Bayern verboten. Wahre Erziehungsarbeit am Volke vereitelt die Kahr-Regierung durch ihre Schergen!

Was aber wird in Bayern geduldet?

Der Wiesbadener Anzeiger steht mit seinen Schimpfereien, mit seiner Verächtlichmachung aller Politiker der Linken und mit seiner Haß- und Mordpropaganda durchaus nicht so vereinzelt da, wie es kürzlich in der Reichstagsdebatte über den Mord an Gareis von deutschnationaler Seite hingestellt wurde. In Nürnberg ist dem Wiesbadener Anzeiger ein Hellershelfer erstanden, der ihn noch an Verrohung zu übertreffen versucht. Dieses deutsch-völkische Geisteserzeugnis nennt sich Volksstimme, will ein Wegweiser für Volksgesundung und Volksversöhnung sein, und wird von Herrn Egbert Schulze herausgegeben. In einer seiner letzten Ausgaben brachte es einen Artikel Von den Faisisten. Darin heißt es u. a.:

„Inzwischen haben die Faisisten seit Neujahr **202 Bolschewisten getötet**, 1141 verwundet, **129 rote Arbeiterkasernen**, 243 rote Vereinslokale und Genossenschaftshäuser angezündet und verwüstet. Im Zusammenhang mit **diesen politischen Abwehrkämpfen, die uns als leuchtendes Beispiel vorschweben sollten**, wurden ebendrein 2240 Angehörige der Umsturzparteien verhaftet."

Am Kopfe dieses Schmutzblattes steht der Satz: „Des Volkes Wohl das oberste Gesetz." Ist eine blutigere Verhöhnung des Volkes überhaupt noch denkbar? Wem leuchtet es immer noch nicht ein, daß unter dem Kahr-Regime in Bayern derzeit Mörder herangezüchtet werden? Und diese Verherrlichung des politischen Lebens findet die Bayerische Regierung jener Kreise, die glauben, die Bildung in Erbpacht genommen zu haben! Und in Bayern gibt es keinen Staatsanwalt, der gegen diese schamlosen Mordaufforderungen vorgeht. Die reaktionäre Blutjuntа feiert römische Orgien im „heiligen" Bayernlande, während der sozialdemokratische Kampf gegen die Gottespolitik, gegen die Politik mit Tod und Flinte, für Völkerversöhnung und Menschenliebe mit den gemeinsten und brutalsten Mitteln von den verrotteten Kahr-Gesellen unterbunden wird.

So wird in Bayern Volksgesundung und Völkerversöhnung betrieben!

Der Orientkrieg

Wie Reuter aus Konstantinopel meldet, erklärte Kemal Pascha im Parlament von Angora u. a.: Die Beziehungen zu Afghanistan und Rußland seien gut. Man werde mit der persischen Regierung wieder regelmäßige Beziehungen anknüpfen. Die Londoner Konferenz habe der Türkei kein befriedigendes Angebot gemacht. Man habe der französischen Regierung mitgeteilt, den Kriegszustand zu beenden. Eine Antwort stehe noch aus. In der Zwischenzeit ist aber der größte Teil der französischen Truppen, die in Zunguldak stationiert waren, zurückgezogen worden. Besprechungen mit hervorragenden französischen Persönlichkeiten haben die Möglichkeit einer Verständigung ergeben. Italien zieht ebenfalls seine Truppen von unserem Boden zurück. Wir suchen die Anerkennung unserer nationalen Rechte und eine vollständige und unabhängige Türkei innerhalb unserer Grenzen und unter Ausschluß ausländischer Einmischungen zu erlangen.

Nach dieser Erklärung sprach die Nationalversammlung dem Kabinett rückhaltloses Vertrauen aus.

Im englischen Unterhause erklärte der Regierungsvertreter, daß die Veröffentlichung einer Kabinettsnote, betreffend Beendigung des Krieges mit der Türkei, binnen kurzem zu erwarten sei.

In seinem Pariser Organ Poslednija Novosti führt Miljukow aus: Die Bolschewisten sind augenblicklich Kemals Verbündete, und solange dies Bündnis besteht, ist es kaum möglich von einer Annäherung der türkischen Patrioten an die antibolschewistische russische Demokratie zu reden. Doch man kann schließlich nicht bezweifeln, daß die Annäherung an Lenin für die türkischen Massen eine Annäherung an Rußland überhaupt und an die Bolschewisten bedeutet. Und die Frage der Beziehungen zwischen dem wiederhergestellten Rußland und der Türkei wird sehr schnell auf der Tagesordnung sein. Die psychologische Möglichkeit der Annäherung ist unbedingt auf beiden Seiten vorhanden. Die Auffassung der Frage der Meerengen und Konstantinopels bei den türkischen Patrioten stimmt unbedingt mit derjenigen der früheren russischen überein. Wenn früher die Forderung auf Abtretung der Engen an Rußland erhoben wurde, so wurde diese Forderung durch Deutschlands Ambitionen begründet. Diese Vermutung ist jetzt fortgefallen.

Der türkische Vormarsch auf Brussa.

Paris, 5. Juli. Eine Radiodepesche aus Konstantinopel meldet, daß infolge der letzten Rekognoszierungen General Papoelas beschlossen hat, die griechische Offensive um etliche Wochen zu verschieben. Die Kemalisten scheinen an der Front von Brussa vorstoßen zu wollen. 6000 Mann hätten sich schon in Bewegung gesetzt, und es verlautet, daß die Griechen Vorbereitungen treffen, um die Stadt Brussa zu räumen. Die schweren Geschütze sind schon entfernt worden. Ismed Pascha und Nabat Pascha sollen sich in Kutahia befinden. Die türkischen Streitkräfte sind bei Eskischehir (Eisenbahnknotenpunkt westlich Brussa) konzentriert. Bei der Front von Kodjo-Ili haben die Türken vor der neutralen Linie, die von den Alliierten gezogen wurde, halt gemacht. — (Kemal hat inzwischen offiziell erklärt, daß er die neutrale Zone von Konstantinopel respektieren werde.)

Nach einer Havas-Meldung aus Konstantinopel soll die Stadt Bagdtschedjik von den Türken besetzt worden sein. (Die Stadt liegt 15 Kilometer südlich von Ismid. Brussa ist nach diesen Meldungen von Norden und Westen aus bedroht.)

Alarmbereitschaft in Konstantinopel

Basel, 6. Juli. Daily Mail meldet aus Konstantinopel: Die alliierten Truppen sind hier in Alarmbereitschaft und auch die Flotte in den Dardanellen befindet sich in alarmbereitem Zustande. 24 alliierte Schiffe liegen vor Konstantinopel. Vortruppen der kemalistischen Armee haben sich der türkischen Hauptstadt auf etwa 50 Kilometer genähert.

Leben • Wissen • Kunst

Die Plastik

Ausstellung der Künstlervereinigung Lennéstraße

Klinger zu Ehren hat man 2 Büsten und ein Relief zusammengebracht, die freilich nur von ferne daran erinnern, was er als Plastiker geschaffen hat. — Das plastische Hauptinteresse liegt bei Ernesto de Fiori. Jede einzelne seiner Standfiguren zeigt die Klarheit, mit der er jedesmal das Thema abwandelt. Ueber seinen Arbeiten schwebt ein leiser lyrischer Hauch, den man nicht packen werden lassen möchte. Er ist vielleicht zu geschickt in den feinsten Dingen und entkleidet das Material so seiner Schwere, daß man manchmal den Raum vergißt. — Im Gegensatz dazu Moskos, dessen Raumgefühl in seinem Armen, der ums tägliche Brot bittet, einen schlagenden Ausdruck findet, da er die Form stark vereinfachte, den Kopf auf eine Kugel mit 2 Löchern als Augen zurückführt und die Modellierung auf der Oberfläche ganz leicht behandelt. Es fragt sich nur, ob er der Karikatur nicht ein paar Millimeter zu nahe gekommen ist, als es für den Stoff und seine Wirkung gut war. — Barlach zeigt ein gutes Holzrelief, das wie jedes Relief den Charakter der Zeichnung noch stark wahrt; zumal der Barlachschen Zeichnung. — Kind hat eine Gruppe aus einem Block herausgehauen, was man jetzt selten sieht; mit großem Geschick, — doch ist er in der Formung der Köpfe und Körper nicht ganz so einheitlich geblieben, wie in der Gesamt- und Einzelform seiner Büste von Löhner. — Müller zeigt wieder sein Barock. Die Art seiner Massenbehandlung, der Aufbau seiner Massen auf einer kleinen Basis, das Verschleiern der Erscheinungsform zugunsten einer sozusagen absoluten Masse, die Behandlung seiner Oberfläche ist sehr geschickt, — nur fehlt der aufgewendeten Masse etwas wie die Titanenkraft selber, die sie formt. Die Tänzerin ist ein Spiel mit der Form. — Jelmar Werners Jüngling hat eine ruhige, gelassene, beinahe elegante Wirkung in dem Gegensatz der Höhenwirkung des Körpers und die Tiefenbewegung des Armbogens. Es ist viel Linie, Graphik drin. — Bei Artur Lange fühlt man sich oft an Kalbe bezw. Lehmbruch erinnert. Sein Können ist ausgeglichen, so daß man schwer die Ueberzeugung hat, daß er noch im Werden und Wachsen sein kann. Interessant in Farbe und Form ist seine weibliche Figur mit Gemand. — In Paul Bergers Madonna und dem Mädchen, sich die Haare flechtend, erkennt man das Raum- und Formgefühl des Plastikers sehr rein, ohne irgendwelche andern etwa literarischen Beigeben. — Von Glatter sieht man diesmal nur eine Gruppe, an der das Schnitzen die Hände sind. Das männliche Gesicht wirkt zu sehr durch das Stoffliche. Zu erwähnen sind auch Hugo Peters Knieender Jüngling und Liebermanns Vertriebene. Warum bekommt man nichts von Klinger zu sehen?

Das Ende des Cafés Größenwahn

Ein Epilog

Als einmal jemand Frank Wedekind fragte, was man wohl für die moderne Kunst tun könne, gab ihm der Dichter den bündigen Rat: „Gründen Sie ein Café!" Und in der Tat: Kaffeehaus und Kunst, besonders die Literatur, stehen in engster Wechselwirkung. Ich habe Dichter gekannt die nie begriffen, wie auch nur ein Vierzeiler entstehen konnte, ehe der Mensch Mokka würzigen Trunk kannte, und die immer wieder den Verdacht aussprachen, die ganze antike Literatur sei wohl nichts weiter als eine plumpe Fälschung der Neuzeit.

Aus Wien kommt das Café und auch seine besondere Spielart, das literarische Café. Dort kam zuerst bei den Männern der Kunst und Wissenschaft der Brauch auf, sich bei einer Schale „Schwarz", „Braun" oder „Verkehrt" zum Gedankenaustausch zu versammeln. Was für die Norddeutschen Debriest, E. Th. A. Hoffmann, Grabbe, Heine das Weinhaus bedeutete, das war für die meisten Geistigen in dem Kopua der Geister an der Wien das Kaffeehaus. Bei Lenau, Grün, Bauernfeld und all den andern Dichtern des Vormärz finden wir in Tagebuchberichten und Briefen oft solche Zusammenkünfte erwähnt, und nicht bloß künstlerische Fragen wurden da erörtert, sondern auch die brennenden politischen. Die Sitte kam mit der Zeit auch nach dem Reiche und bürgerte sich rasch ein, besonders da die Kaffeehausbesitzer stets für einen großen Bestand der neuesten auswärtigen Zeitungen Sorge trugen.

Es ist Verleumdung, daß im Café die Begabungen verlotterten oder daß sie dort verweichlichten. Statt eines umständlichen Gegenbeweises seien nur ein paar Namen von Männern genannt, die ihm geistesdurstig treu waren, die sich in ihm ausruhten, ja es manchmal geradezu als ihr eigentliches Heim betrachteten: Schopenhauer, Verlaine, Ibsen, Strindberg. Und von der jüngeren Generation sind fast alle durch das Café gegangen, ja, wie giftige Zungen von manchen behaupten, erst aus dem Kaffeehause hervorgegangen.

Das berühmteste literarische Café unsrer Tage war das im Berlin an der Ecke des Kurfürstendammes und der Joachimsthaler Straße gelegene Café des Westens, im Volksmunde „Größenwahn" genannt. Am letzten Sonntag ist es geschlossen worden. Eine „Diele" soll daraus werden, Geld der Schieber soll jetzt herrschen, wo vordem nur Geist galt. Dicke Kriegsgewinnler werden aus plumbichweren Diamanten Blitze senden, wo früher der Witz funkelte, über geschäftliche Transaktionen wird man die blanken Kahlköpfe tuscheln, wo man früher unter wahnentrückten Stirnen neue Zeitschriften erwog, die meist noch der zweiten Nummer eingingen, und künstlerische Revolutionen vorbereitete. Hier tagten und nächtigten die Wedekind und Dauthendey, Hille und Reinhardt, Kinder und Roda-Roda, die Lasker-Schüler, Erich Mühsam, Max Halbe, Hans Heinz Ewers, Schickele, Franz Marc, Kokoschka und von Kahler und viele andre mehr. Man ging ins Café, wenn man Geld hatte, man ging erst recht hin, wenn man keines besaß. Bei einer Tasse Kaffee oder auch wohl bloß bei einem Glase Wasser und der selbstverständlichen Zigarette verlas man dort Zwiebelfisch, las Zeitungen, plauderte und arbeitete. Die Kellner hatten Verständnis für die Art der geistigen Arbeiter. Sie pumpten, gaben manchmal sogar selbst ihren Gleistift her, damit irgendwem weiter flötzender Gedanke nicht verloren ging. Es hieß, daß einige Gäste nach Schluß der Geschäfte sogar Nachtquartier auf den plüschbespannten Bänken fanden.

Wer die Geschichte der deutschen Literatur der letzten dreißig Jahre schreibt, kann das Café „Größenwahn" nicht unerwähnt lassen. Nun ist es selber bloß noch Geschichte. Am Sonntag zogen die letzten Gäste aus. Aber nicht lang- und klanglos. Ein Stuhlreitt bis auf die Straße hinaus wurde veranstaltet. Die Spatzen, die vordem zahlreich in das Café des Westens gekommen waren, um ihrem Geiste aus der Provinz nach den Löwen im Zoo auch die zottigen Löwen des Geistes zu zeigen, staunten. Auch die Polizei kam, und verhaftete einen der wilden Reiter. Was weiß denn auch ein Spießbürgermann von der deutschen Literatur?

Dresdner Kalender

Theater am 7. Juli. Opernhaus geschlossen. — Schauspielhaus: Der Schwan (7½). — Albert-Theater: geschlossen. — Central-Theater: Die Scheidungsreise (7). — Residenz-Theater: Autolieschen (7).

Schauspielhaus. Das Gastspiel von Mitgliedern des Wiener Burgtheaters in der reichsdeutschen Uraufführung Der Schwan findet nur noch bis mit Montag den 11. Juli statt. Karten sind für alle Vorstellungen im Invalidendank und in der Lesehalle zu haben. An der Kasse des Schauspielhauses werden die Karten in der üblichen Weise am Tage vorher von 10 Uhr an ausgegeben.

Männergesangverein Eichbach (Mitglied des Arbeitersängerbundes), hat wegen Schließung der Marbelsburg sein Uebungslokal nach dem Reinhardtsaal zum Turnerbund, Bautzner Straße 50, verlegt. Proben und Aufnahme neuer Mitglieder jeden Freitag. — Sonnabend den 9. Juli findet ein Wanderabend unter Führung der Wanderwartin nach Gasthof Kaitz statt. Zahlreiche Liedaufführungen. Abmarsch 6 Uhr vom Bahnhof Plauen. Gäste willkommen.

Eisenbahnen, Kohle und Eisen

Im Heft 14 der Glocke macht Varnhagen über die Zusammenfassung der deutschen Wirtschaft folgende treffende Bemerkungen:

In welcher Form es auch sei: Kohle, Eisen und Eisenbahnen, also die Schwerindustrie und die Verkehrsmittel, müssen einander koordiniert werden, wenn wir die größte Leistungsfähigkeit unserer Industrie erzielen wollen. Die Verstaatlichung der Eisenbahnen in Preußen und den andern Bundesstaaten geschah aus militärischen Gründen, und diese militärischen Gesichtspunkte waren auch maßgebend für den Ausbau des Eisenbahnnetzes und für den Betrieb der Eisenbahnen. Man sehe sich doch die Karte unserer Eisenbahnen an und man wird sich leicht überzeugen, daß sie darauf berechnet waren, möglichst schnell große Truppenmassen nach der östlichen und nach der westlichen Grenze und längs der Front zu bewegen. Ebenso war es mit den Betriebsmitteln. Man kennt die Aufschrift, die uns bei jeder Eisenbahnfahrt vor den Augen wimmelte: 10 Mann, 6 Pferde. Darauf waren unsere Güterwagen eingerichtet, indessen es an Kippwagen für die großen Kohlentransporte mangelte. Zwischen den Eisenbahnen auf der einen Seite, der Industrie und der Landwirtschaft auf der andern wurde durch die Verstaatlichung eine Scheidelinie gezogen: das eine war Staatsverwaltung, das andre — das Geschäftsleben. Man mußte ja bei der Eisenbahnverwaltung dem Geschäftsleben Rechnung tragen, zumal da man aus fiskalischen Gründen recht hohe Einnahmen erzielen wollte, berücksichtigte aber zu wenig, daß die Eisenbahnen selber nur einen Teil des allgemeinen Geschäftslebens bilden. Darum versäumte man auch systematisch, die Geschäftsgelegenheiten auszunützen, die sich den Eisenbahnen aus ihrer Stellung im Geschäftsleben darboten. So sind z. B. die deutschen Staatseisenbahnen der größte einheimische Konsument von Kohle und Eisen. Ein Geschäftsmann, dem ein derartiger gefügiger Eisenverbrauch zur Verfügung stände, würde schon längst sich eigene Kohlengruben und Eisenwerke angeschafft haben. Er würde selbstverständlich nicht bloß für den eigenen Bedarf produzieren, er würde seine starke Stellung als Produzent und Verbraucher — und Beherrscher des Verkehrs auch noch dazu! — ausgenützt haben, um die gesamte Schwerindustrie sich zu unterwerfen. Den Staatseisenbahnverwaltungen lag das alles fern. Sie kauften nicht einmal direkt von den Kohlenproduzenten, sie kauften vom Händler. Sie verkauften ihr altes Eisen zu einem billigen Preise und bekamen es zu teuren Preisen zurück in der Gestalt von Schienen, Schwellen usw.

Das wird nicht anders werden, solange die bureaukratische Verwaltung bleibt und solange die Staatseisenbahnen als ein in sich geschlossenes Gebiet aufgefaßt werden, das eifrig bestrebt ist, nicht in das allgemeine Geschäftsleben hinüberzugreifen. Eisenbahnen, Kohle und Eisen gehören zusammen. Diesen schließen sich von selbst an die Maschinenindustrie und die chemische Industrie. Es ist unbedingt notwendig, daß eine wirtschaftliche Verbindung zwischen diesen führenden Industrien hergestellt wird.

Der König von Mesopotamien

Eigene Drahtmeldung

London, 6. Juli. Emir Feissal ist am 29. Juni in Bagdad angekommen und von den Behörden und den Häuptern der verschiedenen arabischen Stämmen festlich empfangen worden. Die Vorbereitungen für die Wahl des Königs von Mesopotamien haben nunmehr begonnen.

Keine Tagung in Boulogne

Paris, 6. Juli. Der Intransigeant meldet, daß die nächste Tagung des Obersten Rates nicht in Boulogne, sondern in Paris oder Brüssel stattfinden wird. Dieselbe Zeitung meldet, daß die alliierten Regierungen am 15. Juli in London eine Beratung abhalten werden.

Aus London wird in Paris berichtet: Die Times erklären, daß man in London keine andre Information erhalten hat, als daß Briand vor dem 10. Juli keiner Tagung des Obersten Rates beiwohnen könne. In London ist keine Einladung zu einer Konferenz eingelaufen und es sind keine Vorbereitungen für eine Konferenz getroffen worden, die nächste Woche in Boulogne zusammentreten würde.

Albert-Theater. Der heutigen Nummer unsres Blattes liegt der Spielplan des Neustädter Schauspielhauses (Albert-Theater) bei, der gleichzeitig die Abonnementsbedingungen enthält. Die außerordentlichen Vorteile des Abonnements, gegenüber den Preisen an der Abendkasse, können nur bei Bestellungen bis zum 20. Juli gewährt werden. Diese müssen zunächst schriftlich eingehen. Die Ausgabe der Abonnementskarten erfolgt vom 6. bis zum 20. August, in der Zeit von 10 bis 2 und nachmittags von 5 bis 6 Uhr, an der Tageskasse. Der Spielplan 1921/22 enthält eine stattliche Anzahl beachtenswerter Erstaufführungen, darunter auch mehrere Uraufführungen. Es wird versichert, daß nur sehr gute Plätze für das Abonnement zur Verfügung gestellt werden. Man vergleiche den Prospekt.

Führung durch die Skulpturensammlung zum Besten des Vereins Heimatdank. Morgen Donnerstag, nachmittags von 5 bis 6 Uhr, findet eine Führung unter Leitung des Herrn Direktor Professor Dr. Hermann statt. — In der Sonntag, vormittags von 9 bis 10 Uhr, stattfindenden Führung durch die Gemäldegalerie wird die Kunstgeschichtlerin Fräulein Schlender die italienischen Meister und die Kunstgeschichtlerin Fräulein Heide die Großmeister der Niederlande besprechen.

Kleine Mitteilungen

Die Würzburger Residenz als Museum. Wie die Münchner Residenz, so soll auch der großartige Bau in Würzburg jetzt dem öffentlichen Besuch freigegeben werden. Wie in der Kunstchronik mitgeteilt wird, sind die Räume bereits für die Allgemeinheit geöffnet worden. Zugleich findet eine Ausstellung der verschiedenen Entwürfe des Architekten Balthasar Neumann statt, dessen entscheidender Anteil an der Errichtung des Bauwerkes jetzt stark betont wird. Während die Prunkräume in dem fabelhaften Glanz ihrer Dekorationen unangetastet bleiben, sind in den Nebenräumen Werke der modernen Würzburger Kunst zu sehen. Auch sollen in dem großen Kaisersaal Konzerte stattfinden.

Die Begabung linkshändiger Kinder. Bei der Untersuchung über die Linkshändigkeit geistig minderwertiger Kinder ist Worden, wie die Umschau mitteilt, festgestellt, daß in solchen Anstalten der Prozentsatz Linkshändiger wesentlich höher war als in normalen Schulen. Bei Zwillingen war der Linkshändige gewöhnlich schlecht entwickelt und hochgradig nervös, während der Rechtshändige vollständig normal war. Bei Zwillingen beiderlei Geschlechts ist in nahezu einem Drittel der eine links-, der andre rechtshändig. Unter normalen Kindern ist der linkshändige Junge — im Gegensatz zu dem geistig minderwertigen — der Begabtere und Fähigere. Plötzlicher Wechsel der Linkshändigkeit zur Rechtshändigkeit beim Schreiben war bei geistig Minderwertigen ein Anzeichen des Fortschritts in den Schularbeiten und in der Intelligenz.

Der amerikanische Arbeiter

T. P. S. Industrielles und Geschäftsleben in den Vereinigten Staaten liegen gegenwärtig klar: akuter Anlaß zu Besorgnissen liegt nicht gerade vor und man sieht mit dem gewohnten Vertrauen in eine Zukunft, die günstigen Wind und neue Bewegung bringen soll. Es ist nicht leicht einzusehen, welches die Quelle des unentwegten Optimismus ist, der seit einem Jahre besteht und noch fortbesteht, vor allem in Bankkreisen. Die Industrie ist im allgemeinen nicht so sehr gewillt, die Lage „befriedigend" zu finden, „wie man nur erwarten kann"; aber auch für sie (und das dürfte zum guten Teil auf ihre Erfolge in den Kämpfen mit der Arbeiterschaft zurückzuführen sein) gehört, scheint es, eine Wendung zum Schlimmeren in der wirtschaftlichen Lage überhaupt nicht in den Bereich der Möglichkeiten.

Nach dem Gang, den die Dinge jetzt nehmen, zu urteilen, besteht alle Wahrscheinlichkeit, daß im zweiten Halbjahr 1921 allgemein mit einer wachsenden Notlage der arbeitenden Klassen zu rechnen ist. Die Arbeitslosigkeit, nachdem sie bei Beginn der besseren Jahreszeit eine leichte Bewegung zum Besseren hin erkennen ließen, nimmt langsam und stetig wieder zu. In der Automobilindustrie, die infolge der Frühjahrsnachfrage stärker beschäftigt worden war, ist bereits eine Verschlechterung eingetreten. Es ist geschätzt worden, daß es allein in Neuyork über 300 000 Arbeitslose gibt. Nach dem Zahlenmaterial des amerikanischen Gewerkschaftsbundes gab es in 201 der wichtigsten Städte der Vereinigten Staaten Ende April 1 325 001 Arbeitslose gegen 1 501 Ende März, für das ganze Land rechnet man mit einer Gewerbeeingabl von 5 000 000. Die Angaben für Mai zeigen ein Steigen bis nahezu zur Märzziffer. Bis jetzt sind amtliche oder nichtamtliche Versuche, in großerem Umfange Mittel und Wege zur Abhilfe der Arbeitslosigkeit zu finden, nicht unternommen worden. In mehreren Staaten allerdings steht in den gesetzgebenden Körperschaften die Frage der Arbeitslosenversicherung zur Diskussion.

Bezeichnender als die allgemeinen Zahlenangaben über die Arbeitslosigkeit sind die Tatsachen über Lohnherabsetzungen, Aenderungen in den Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen. Selbst diejenigen, die glücklich ihre Arbeit behalten haben, müssen überall im ganzen Lande feststellen, daß der Wert ihrer Arbeit gesunken ist und trotz allen Bemühungen, ihn hoch zu halten, weiter sinkt. Das Federal Reserve Board für den wichtigsten Industriebezirk berichtet, daß für rund 75 Prozent aller Industriearbeiter dieses Bezirks die Löhne herabgesetzt worden sind. Eine Rundfrage bei Fabrikanten eines Staates im Westen ergab, daß 500 von den antwortenden Firmen die Löhne reduziert hatten. Der Bericht der Industrie-Kommission für Wisconsin stellt fest, daß die Wochenlöhne in dem genannten Staat seit August 1920 um 5.47 Dollar zurückgegangen sind und daß die Zahl der im Staate tätigen beschäftigten Arbeiter um etwas geringer ist als im Jahre 1915.

Diese Tatsachen, besonders in bestimmten wichtigen Industrien, wo es um große Mengen gut organisierter Arbeiter sich handelt, haben erfolglose Streiks hervorgerufen, neue Arbeitsabkommen wurden abgeschlossen, nämlich längere Arbeitszeiten und eine Beschränkung der Befugnisse der Arbeiterorganisation, bei Verhandlungen im Auftrag und als Vertreter ihrer Mitglieder zu fungieren. In vielen Werken sind Wohlfahrtseinrichtungen, die während des Krieges zur Besserung der Lage der Arbeiter und der Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer geschaffen waren, aufgegeben oder doch in ihrer Tätigkeit eingeschränkt worden.

Recht bezeichnend für diese neuen Verhältnisse in der Industrie sind die jüngsten Entscheidungen in zwei der wichtigsten Betriebszweigen: Vor einigen Wochen wurden die seitens der Eisenbahnerorganisationen während des Krieges durchgesetzten, für das ganze Land gültigen Abkommen für aufgehoben erklärt. Es wird sich jetzt als notwendig für die Eisenbahnerorganisationen erweisen, mit den verschiedenen Gesellschaften separat über die künftigen Arbeitsbedingungen zu verhandeln, wobei ihre Verhandlungskraft nicht gerade gewinnen wird. Im Juni hat das Eisenbahn-Arbeitsamt eine Reduzierung der Löhne der Eisenbahnarbeiter um durchschnittlich 12 Prozent ausgesprochen, das sind nahezu zwei Drittel dessen, was die Arbeiter während des Krieges errungen hatten. Die Eisenbahngesellschaften behaupten nun, daß selbst, wenn dieser Hauptposten in den Ausgaben verringert worden ist, es noch nicht möglich ist, den Eisenbahnbetrieb profitabel — das wäre also einiges mehr noch als rentabel — zu gestalten.

Die Arbeiter in verschiedenen Zentren der Kleiderfabrikation wie Neuyork, Rochester u. a., die lange im Streik gestanden sind, haben endlich neue Abkommen mit den Arbeitgebern abgeschlossen, in denen sie in Lohnherabsetzungen willigen und höhere Arbeitsleistungen garantieren. Der Schiedsrichterspruch für die Regelung von Streitigkeiten und Schwierigkeiten innerhalb der Betriebe, der gerade in dieser Industrie stark entwickelt ist, ist im allgemeinen beibehalten worden, hat aber hinsichtlich der Befugnisse und Funktionen der Vertreter der Gewerkschaften erhebliche Einschränkungen erfahren.

Aus diesen verschiedenen Andeutungen dürfte ersichtlich werden, daß in der Richtung, der die Dinge in der Industrie entgegen, keine großen Hoffnungen auf eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der amerikanischen Arbeiterschaft zu suchen sein werden.

Die Rückberufung der amerikanischen Truppen

Paris, 5. Juli. Chicago Tribune meldet aus Washington: Falls Präsident Harding bei seiner Friedenserklärung die Zurückziehung der amerikanischen Truppen nicht verlange, beabsichtigen die Senatoren Johnson und Borah eine Resolution einzubringen, in der diese Zurückziehung gefordert werden soll.

Protest gegen die Bromberger Deutschenprogrome

Paris, 6. Juli. Namens der deutschen Vereinigung im polnischen Sejm, welcher sämtliche acht deutsche Abgeordnete angehören, wurde eine Interpellation über die am 16. und 17. Juni in Bromberg vorgekommenen Deutschenpogrome eingebracht, denen weitere Ausschreitungen in andern Städten wie auch in Bromberg selber gefolgt sind. Die Interpellation, die von der Regierung den Schutz der deutschen Bevölkerung fordert, ist bisher noch nicht beantwortet worden.

Der Kampf um Fiume

Rom, 6. Juli. Wie der Epoche aus Fiume gemeldet wird, hat d'Annunzio den Legionären, die die Hafenwehren besetzt halten, eine „Botschaft" gesandt, in der er sie auffordert, bei ihrem Widerstand zu beharren und im äußersten Falle nur Ruinen zurückzulassen.

Schlesischer Faszismus

Breslau, 5. Juli. Die Breslauer Volkswacht warnt in einem materialreichen Artikel unter der Ueberschrift „Dicke Luft" vor Anzeichen von politischen Abenteuern, die sich in Schlesien im Anschluß an die Auflösung des Selbstschutzes zu entwickeln scheinen. Während die Arbeiterschaft sich bereit erklärt, den Selbstschutzangehörigen bei der Rückkehr zur Arbeit zu Hilfe zu kommen, werde offen und in großem Umfange weiter geworben. Die Werbemethoden bekämen dabei einen eigentümlich eindeutigen Charakter. Es sei ohne weiteres klar, was es bedeute, wenn jetzt in dem bekannten Stammlokal Rotzbach in Breslau ein Teil der Werbungen für den Selbstschutz vor sich gehe. Es sei auch einwandfrei festgestellt, daß selbst in einem Hause, wo sich eine offizielle Abwicklungs- und Auflösungsstelle der Selbstschutzleitung befinde, weiter geworben wird!

Seit einigen Tagen werde auch dort jeder, der sich zur Werbung melde, zunächst nach einem Ausweis der Orgesch gefragt. Leute, die einen solchen Ausweis nicht besäßen, würden nicht angenommen, während man unmittelbar vorher und nachher Inhaber von Orgeschausweisen neu einstelle. Für die Entwaffnung der Selbstschutzformationen an der oberschlesischen Grenze sei anscheinend die Schutzpolizei zu schwach. Ein Bericht aus dem Kreise Kimsk meldet, daß die Arbeiter dort umfangreiche Waffentransporte erhielten, die von einem Grafen Westarp geführt wurden und deren Begleiter sich laut Breiger Volkszeitung als Arbeiter verkleidet hatte. Die Polizei, der die Arbeiter den Transport übergaben, ließ die Waffenschieber samt Waffen in der nächsten Nacht durchbrennen. Der Fall sei nicht der erste dieser Art.

Die Volkswacht veröffentlicht ferner ein Rundschreiben des Landesbezirks Niederschlesien der Technischen Nothilfe vom 29. Juni, in welchem es heißt, daß für die nächste Zeit in Breslau mit einem Generalstreik gerechnet werden müsse. Für diesen Fall brauche der Landesbezirk für die lebenswichtigen Betriebe der Stadt Breslau die Unterstützung der Orts- und Landesgruppen der Provinz. In der Breslauer Arbeiterschaft ist zur Zeit der Datierung des Rundschreibens kein Wort von einem bevorstehenden Generalstreik laut geworden. Die Volkswacht berichtet schließlich, daß gegenwärtig in Schlesien sich eine Reihe bekannter Faszisten sammle, darunter Rulack, Loewenfeld und Pfeffer von Frankenburg, der unter dem Namen v. Maurin sich mit der Säuberung des Selbstschutzes von Republikanern beschäftige. Auch Kapitän Ehrhardt sei zur Zeit Gast beim Stabe des Freikorps Oberland. Die schlesische Arbeiterschaft werde sich von diesen Herren nicht überraschen lassen, sie wisse, was sie zu tun habe, sobald einer von ihnen sich Macht anmaßen will. In der oberschlesischen Frage aber könne ein politisches Abenteuer uns ein für allemal der Entscheidung unsrer schärfsten Gegner ausliefern. Ueber die Arbeiterschaft hinaus, auf deren Wachsamkeit man sich verlassen könne, sei daher die Mahnung an alle zu richten, die es mit Deutschland gut meinen, in Schlesien jetzt auf der Hut zu sein.

Streik- und Erwerbslosenunterstützung

Anfangs Juni hat der Reichsfinanzminister dahin entschieden, daß die Gewährung der Reichsbeihilfen zur Erwerbslosenunterstützung für den Fall ungültig sei, daß die betreffende Gemeinde oder der Kreis diese Unterstützung auch für den Fall eines Streiks gewähren. Man kann mit gewissen Einschränkungen diese Entscheidung zustimmen, denn niemand, der für seine wirtschaftlichen Interessen in den Streik tritt, wird dafür Arbeitslosenunterstützung fordern. Wie aber, wenn nach einem Streik eine Reihe von Leuten nicht wieder eingestellt und monatelang arbeitslos sind? Für diesen Fall hatte u. a. das Reich die Pflicht, ebenso wie für alle Erwerbslosen zu sorgen. Nun aber hat der preußische Wohlfahrtsminister, mit seinen vollen Ueberzeugungen die oberwähnte Entscheidung des Reichsfinanzministers getroffen wurde, nach der Mitteilung einer bürgerlichen Korrespondenz, zur Behebung von Zweifeln erneut darauf aufmerksam gemacht, daß nicht nur den Arbeitnehmern, die in einem Betriebe beschäftigt werden, der infolge Ausstandes oder Aussperrung in diesem Betriebe ganz oder teilweise stillgelegt worden ist, keine Erwerbslosenunterstützung gezahlt werden darf, sondern auch den Personen nicht, die infolge eines in einem andern Betriebe ausgebrochenen Streiks oder einer über den andern Betrieb verhängten Aussperrung zum Feiern gezwungen sind, sofern nur dieser Betrieb oder diese Aussperrung die Erwerbslosigkeit überwiegend veranlaßt hat.

Diese Auslegung des Wohlfahrtsministers ist durchaus unhaltbar. Wenn man schon den Streikenden keine Erwerbslosenunterstützung zahlt, so kann man doch unmöglich die nicht direkt am Streik Beteiligten, aber durch ihn beschäftigungslos Gewordenen nicht einfach dadurch bestrafen, daß man ihnen die Erwerbslosenunterstützung entzieht. Noch weniger ist das möglich bei Aussperrungen. Es dürfte auch dem preußischen Wohlfahrtsminister nicht unbekannt sein, daß es nicht nur einzelne Unternehmer, sondern ganze Industriegruppen gibt, denen außerordentlich viel an einem Streik ihrer Arbeiter liegt, und die deshalb nicht davor zurückschrecken, durch einen Unternehmer dieser Branche in seinem Betriebe einen Streik provozieren zu lassen, um diesen dann mit der Aussperrung in dem ganzen Industriezweig zu beantworten. Die auf diese Weise brotlos gewordenen Arbeiter, die in solchem Falle unbeteiligte Opfer brutaler Kapitalswillkür sind, würden nach der oben erwähnten Auslegung des preußischen Wohlfahrtsministeriums ohne Erwerbslosenunterstützung bleiben. Herr Stegerwald ist nicht nur preußischer Wohlfahrtsminister, sondern auch christlicher Gewerkschaftsführer. Vielleicht machen ihn seine Gewerkschaften selbst sehr schleunig darauf aufmerksam, daß die reaktionäre Politik des preußischen Ministerpräsidenten keineswegs auf die Volkswohlfahrt übergreifen darf.

Aus aller Welt

Verbrannt und ertrunken

Moskau, 4. Juli. Bei dem Brande eines russischen Dampfers auf der Wolga kamen mehrere hundert Personen ums Leben, darunter der Bischof von Nowgorod, mehrere Universitätsprofessoren, die zu Unterrichtszwecken nach dem Kaukasus reisten, und eine Abteilung russischer Geheimpolizisten. Aus der Anwesenheit der letzteren auf dem Schiff schließt man, daß der Brand infolge eines Anschlags, der gegen diese Geheimpolizisten gerichtet war, entstanden sei.

Ein Zeppelin

London, 4. Juli. Der Graf [illegible] schreibt: In der vorigen Woche ist das englische Luftschiff R 34 auf einem Fluge leicht beschädigt und in den Flughafen von Pelham zurückgebracht worden. Das Zeppelin-Luftschiff L 64 wurde aus seiner Halle gebracht, um Platz für das andre Luftschiff zu machen. Die Bedienungsmannschaften vermochten aber nicht, den Zeppelin zu halten und dieser wurde vernichtet.

Die Pest in Rußland

Königsberg, 5. Juli. In den russischen Gouvernements Ufa und Samara wütet, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, die Pest. Die Einwohner fliehen panikartig aus den Städten auf das Land.

66 000 Mark Geldstrafe

Berlin, 6. Juli. Wegen Uebertretung der Rationierungsvorschriften während der Jahre 1919 und 1920 wurde die Gräfin Wartensleben, die Selbstverlegerin ist, zu 66 000 M. Strafe verurteilt.

Zusammenstöße in Indien

Aus London wird gemeldet: Nach einem amtlichen Telegramm des Vizekönigs haben Zusammenstöße in Indien zwischen Truppen und aufrührerischen Eingeborenen stattgefunden, die zu dem feindlich gesinnten Stamm der Wana gehört gehören.

Berlin, 6. Juli. Das Geschäft an der Börse war heute sehr bei lebhaftem Umsatz. Es notierten:

	Geld	Brief
Amsterdam	2467.50	2472.50
London	277.45	280.05
Neuyork	75.04½	75.20½
Wien	11.78	11.92
Prag	99.90	100.10

Neuyork, 6. Juli. Die Mark notierte gestern im Schlußkurs 1.5[illegible]

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210706/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Bekanntmachung.

Unsere Auszahlungsstelle **Grokenhainer Straße 36** ist Mittwoch den 13. und Donnerstag den 14. Juli 1921 wegen Reinigung geschlossen.

Alle Gesuche derselben werden an diesen Tagen in unserer Zweigstelle, Oppellstr. 12, erledigt.

Dresden, am 5. Juli 1921.

Allgem. Ortskrankenkasse für Dresden.

Freitag, 8. Juli, 7½, Künstlerhaus

An Stelle der Vorlesung

C. Drechsler-Melschesni

Vortrag: Die

Irrlehren der Kirche!

Die Kirche als Kulturhüterin und Feind der Wissenschaft. — Der Fanatismus der Kirche. — Der Glaube der Geistlichen. — Die Fabel des Dogmas. — Gibt es einen Gott? — Gibt es eine göttliche Gnade, ein Schicksal, ein Fortleben nach dem Tode? — Jesus, Mensch oder Gott? — Kritik des Spiritismus, d. Theosophie, der ind. Religionen, des Mormonen- und des Sektenwesens. Wie muß unsre heutige Revolution beschaffen sein?

Karten à 3.40, 4.10, 6.80 u. Steuer: Re-Ka, N. Sach. Pragerstr. 5, u. Meinhardt-Institut, Grunerstr. 8.

Kaffee Held

15 Wilsdruffer Straße 15 [9474]

Ab 4.30 Künstler-Konzert

8 Uhr Claire Patrie

Sängerin zur Laute

Mittwoch Programmwechsel

Nur noch 4 Tage!

SARRASANI

Täglich 7½ Uhr, Sonntag auch 3 Uhr

Das Riesen-Abschiedsprogramm.

Morgen Freitag: [5497]

Martini-Scenys schwerster Tag

Zwei Dresdner Fachleute wenden ihn mit folgenden Werkzeugen fesseln: Zwangsjacke mit langen Aermeln, zwei je fünf Meter langen Strikken, einer Halsfessel, zwei Fußfesseln, zwei Handfesseln, die mit zwei je acht Meter langen Ketten verbunden sind.

Vorverkauf: Cirenskasse und Restl-Kauth.

Fischhaus

Große Brüdergasse 17.

Täglich Auftreten [5371]

des beliebten Stimmungskünstlers **Heinz Perelly**

Anerkannt gute Küche billig und preiswert!

Spezialität: **Fischkost!**

Vorzügl. Feinsiedler- u. Hell-Biere — Erstkl. Weine

Ab 6 Uhr: **Künstler-Trio Kawan.**

Ball-Anzeiger

für Donnerstag den 7. Juli:

Elysium, Räcknitz Endstation Linie 6 Lin. 1 u. 16 (Bergstr.) Einzig schöner Garten.

Goldne Krone Strehlen. Haltestelle Linie 9 Bekanntes Spezialgericht durch den Großen Garten. — Kgl. Blasmusik.

Hoflacks Etablissem. Königsbrücker Str. 18 **Künstlerkapelle.**

Palmengarten mit Wintergarten und Tanzdiele. [1173]

Weißer Adler Kurhaus Loschwitz

Grenzweg 11, 13, 1 u. Trabrennbahn.

Jeden Donnerstag der beliebte Gesellschaftsball. **(Reunion)**

Kurkonzert! Kall! Anfang 6 Uhr! Max Schuh, Sondermeg. Großes Wiener Orchester.

Vogelwiese, Str. 5, 7, 8

25jähriges Geschäfts-Jubiläum

Zur guten Quelle

Älteste Konzert-, Schank- u. Speisehalle.

Spezialausschank des beliebten

Dresdner Felsenkeller-Bolbieres

sowie des in Kürze eingetroffenen

echt. 13 proz. bayr. Jubiläums-Bieres

K. kalte und warme Küche. — Konditorei und Kaffee. —

Täglich großes Konzert

von der urdeutschen Bauernkapelle, unter persönlicher Leitung des Herrn Kapellmeister Röthing mit seinem Tollen.

Zu unserm 25jährigen Geschäfts-Jubiläum laden ergebenst ein **Gebr. Grimmer.**

[1391] Stadtlokal: Dürerstraße 5.

Vogelwiese

Wein- u. Tanzsalon Hackerklause

am Königsplatz

Vorzügliche Weine, Biere, Speisen

Konzert u. Likörbüfett.

S. P. D. 4. Unterbezirk

Parteisekretariat: Dresden-A. Wettinerstr. 18, I. Tel. 19 [illegible]

Dresden-Neustadt, Gruppen 1—6. Freitag, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Oppellstraße 12, I: **Mitgliederversammlung.** Tagesordnung: 1. Bericht von der Vorstandssitzung. 2. Aussprache. 3. Vorbereitung der Delegierten aus Partei usw. 4. Parteiangelegenheiten. Erscheinen aller Genossinnen und Genossen ist Pflicht. Unser diesjähriges Sommerfest findet Sonntag, den 17. Juli im Priesnitzbad statt. Zahlreicher Besuch wird erwartet. [1348]

Bezirk Trachenberge. Freitag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, im Versammlungslokal: **Mitgliederversammlung.** Bericht vom Landesparteitag. (Genosse Zumpe.)

Bezirk Pieschen. Freitag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, im Richters Restaurant: **Gruppenversammlung.** Genosse Robert Fischer: Parteiarbeit unter dem Sozialistengesetz. — Parteiangelegenheiten.

Bezirk Kötzschenbroda. Donnerstag, den 7. Juli, abends 8 Uhr, im Kaiserhof: **Oeffentliche Elternversammlung.** Weltliche Schule und Elternratswahl. Referent: Lehrer Zenner.

Gruppe Rähnitz. Donnerstag, den 7. Juli, abends 8 Uhr, im Beiger, auf Hoffnung: **Mitgliederversammlung.** Genosse Fischer: Ist eine Einigung des Proletariats möglich? — Parteiangelegenheiten.

Gruppe Klotzsche-Hellerau. Donnerstag: **Frauenabend** in der alten Schule in Klotzsche. Beginn 7½ Uhr. 1. Bericht über die Drei-Kreise-Frauenkonferenz für Wohlfahrtspflege. 2. R. Uebel: Die Frau und der Sozialismus. Dritter Abend. Genossin Hellberg. Zahlreiches Erscheinen erwartet. **Die Gruppenleiterin.**

Gruppe Radeberg. Donnerstag, den 7. Juli, abends 7½ Uhr, im Gasthof zum Ross: **Außerordentliche Mitgliederversammlung.**

„Dresden-Altstadt"

S. P. D. 5. Unterbezirk

Vorsitzender: Otto Lichter, A.-Einsiedler Straße 16 — Kassierer: Max Weichold, Wettinerstr., Volkszeitung

Freitag, den 8. Juli, abends 7½ Uhr, im **Volkshaus**, Saal I

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 1. Bericht v. d. Landesversammlung in Leipzig. 2. Wahl eines Mitgliedes in den Bezirksvorstand. 3. Parteiangelegenheiten.

Mitgliedsbuch vorzeigen. [1139]

Vollständiges Erscheinen erwartet. **Der Vorstand.**

Trinkt deutsche Erzeugnisse!

Dresdner Felsenkeller-Pilsner.

[1158]

Zur Vogelwiese

a. d. Königsplatz

Zum ersten Male hier!

Riesen- u. Zwergeschau

Liliputaner-Varieté-Theater.

Der größte Mann, der je in Deutschland gelebt, der deutsche Riese Goliath, mit Bruder, dem Prinz Goliath, der kleinste Mensch, 65 cm groß.

Eine Truppe der feinsten Damen und Herren, besonders hervorzuheben die

3 Geschwister Liliput.

Es sind dies alles gutgeschulte und ausgebildete **Varieté-Künstlerinnen u. Künstler erst. Ranges** die im Rahmen der Varietékunst eine komplette Vorstellung geben.

Die kleinen Damen werden als reizvolle Chansonetten, Soubrettes, Vortragskünstlerinnen und feine Sängerinnen auftreten; die Herren als Gymnastiker, Akrobaten, Jongleure und Zauberkünstler, Schattenspieler, Radfahrer, Boxer, Humoristen und Komiker.

Die Vorstellung übertrifft alles Dagewesene!

Es laden zu zahlreichem Besuche ein **Die kleinen Herrschaften.**

Zur Aufklärung!

In hiesiger Stadt ist das Gespräch im Umlauf, die Behörde der Abnormitäts „Thorah, das Panthermeib" (halb Mensch, halb Tier — halb Weib, halb Panther), sei eine künstliche. Da derartige Gerüchte geeignet sind, das Geschäft zu schädigen, so hat die Direktion der **Panthermeibschau** beschlossen, eine Belohnung von

20000 Mark

auszusetzen für denjenigen, der nachweist, daß Thorah in einem Fell steckt. „Thora" wurde in Frankfurt a. M. auf der Universität am 31. Juli 1920 dem internationalen Professorenkongreß durch Herrn Prof. Herzheimer vorgestellt und aus wissenschaftlichen Gründen modelliert. Es sei besonders hervorgehoben, daß „Thorah, das Panthermeib", in keiner Weise identisch ist mit der im vorigen Jahre hier gezeigten „Lyonella, dem Löwenweib", die in einem Fell steckte!

In der 2. Abteilung:

„Piocho" der größte Indianerriese der Gegenwart. Komplett 2,45 Meter.

Ueberzeugung macht wahr!

Darum besuchen Sie auf der Dresdner Vogelwiese, Straße 7, die Panthermeibschau.

Es ladet ergebenst ein

[770] **Die Direktion.**

Führer durch das Reichseinkommensteuergesetz

von Rudolf Wissell.

Preis 2.75 M.

Volksbuchhandlung und Filialen.

Dr. E. Pfister

Facharzt f. Nerven-, Haut- und Geschlechtskrankheiten, Chirurgische Heilmethoden — Albertplatz 10, 2.

Lebensmittelmarken für einer der Bedürftigen Zahl

zurückgekehrt. [1347]

Klockmanns homöopathisches und Naturheil-Institut.

Behandlung chronischer Krankheiten aller Art, akuter und chronischer Leiden. Kräuterkuren, Massage usw. Sprechstunden 8—11, 4—7 Uhr. Sonntags nur 10—12 Uhr. Sachsenstraße 1, II.

Sparkasse Gittersee

Zinsfuß für Spareinlagen: 3½ %

Näherer, perfekter

Kreisscherensteller

sowie erfahrene

Katonnagenarbeiterinnen

für sofort gesucht.

Krey & Sommerlad, Niederpoyritz.

Rhabarber
Erdbeeren
Stachelbeeren
Kirschen
Pilze
Gemüse

Einkoch-Apparate Gläser

Gebr. Christian

Altmarkt 7. [1063]

Meinholds Routenführer

neuzeitliche Wanderbücher

Nr. 1. Die Sächsisch-Böhmische Schweiz 32 Kartenseiten in Buchform, 40 Textseiten 6.—

Nr. 2. Das nördliche Deutschböhmen 46 Kartenseiten in Buchform, 108 Textseiten 7.50

Nr. 3. Dresdens Umgebung 28 Kartenseiten in Buchform, 46 Textseiten 7.50

Nr. 4. Das östliche Erzgebirge 46 Kartenseiten in Buchform, 1 Uebersichtskarte und 28 Textseiten 7.50

Nr. 5. Das westliche Erzgebirge enthält nur noch Karten, keinen Text! 11 Spezialkarten und 1 schwarze Karte . 6.—

Nr. 6. Das Isschken-, Ifergebirge mit dem Zittauer und Kreibitzer Gebirge 71 Karten in Buchform, 123 Textseiten . 7.50

empfiehlt die

Volksbuchhandlung und ihre **Filialen.**

Zerrissene Strümpfe

werden sauber ausgebessert u. angestrickt, Hosenkreuze eingesetzt.

Strumpffabrik W. Paul Krause

Hauptgesch.: Gerokstr. 54, Zweiggeschäfte: Jr. Plauensche Str. 32, Bautzner Str. 23

Frohes Wandern

Ein Buch, das Freude geben will

Von E. Ernst Malsch

Preis 3.50 M.

Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung.

In einer halben Stunde **Läuse** Garantie

Preis 5.— und 7.50 M.

Die Frauenfrage

Diese Fragen

Hausfrau-Brehm

Preis [illegible] M.

Volksbuchhandlung.

Wettinerplatz 18. Filialen: Großenhainer Straße 36, Schandauer Straße 36, Königsbrücker Straße 5.

Für frohe Ferienfahrten

Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung u. ihre Filialen.

Kommentar

zu der Verordnung betr. Maßnahmen gegenüber

Betriebsabbrüchen und Stillegungen

nebst der Ausführungsanweisung.

Preis: 2.00 M.

Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung, Wettinerplatz.** und ihre Filialen.

Jackettfutter

in Popelin, Seide, Wolle neue Farben, jetzt bedeutend billiger.

Carstensen

Pillnitzer Straße 5.

Ziehung 11. bis 13. Juli

Geld-Lotterie

für das

Samariterwesen in Sachsen.

Hauptgewinn eventuell Fall

100 000
75 000
25 000
10 000
5 000
10

Los 4 M — (Postgeld 1 Mk. 40 empfiehlt und versendet

Alexander Hessel

Dresden, Wilsdruffer Gasse, Postscheckkonto: Dresden 2054.

● Große ● Auswahl

Herrenstoffe, neue gemusterte Kaster, Cheviots, Serges, Gabardins, Schafwollstoffe, Leder-Gamaschen, Wickelgamaschen, Kniestrümpfe u. Kniestrümpfe, Wollsocken, Wollhemden usw. zu verkaufen [1411]

Gr. Brüdergasse 9, I.

Sonnabend geschlossen.

Nur kein Kind! Warum?

Lesen Sie: Joh. Faresch

„Die Furcht vor dem Kinde".

Preis 1.20 Mark.

Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung und ihre Filialen.

Haar-Netze

gut und billig bei

Frau Emma Schenke

40 am Dalbenplatz 40

Hier empfehlen:

Volkslieder

für Heim u. Wanderung

im Auftrage der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands herausgegeben von Hermann Böhle. Das Buch enthält auf 240 Seiten 300 Volkslieder mit Noten und eine Einführung in das Volkstanzspiel. 100 Lieder sind mit Akkordbegleitung versehen, nämlich Handzug mit einfachen Harmonisierungen, Klavier- und Lautenspielern wird diese Einrichtung willkommen sein.

Taschenformat gebunden.

Volksbuchhandlung.

Billig!

Badewannen

Donath

Dresdnerstraße [illegible]

Stadt Dresden

Zahlungsmittel für den Kauf bei Berger Zahnpasta

M. & R. Zacher

Kautschuk-Stempel

Dresden-A.

Mit zeitgemäßen, aufklärende Bücher empfehlen:

Grundfragen u. Forderungen d. Sozialdemokratie

Gründungsprogramm und kurzer Kommentar

— Preis 1 M. —

Die Entwicklung d. Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft

von Friedrich Engels

Preis 2.50 M.

Volksbuchhandlung

Wettinerplatz 18.

Wolle Mönch

Galeriestr. 1

Kinderwagen

sehr gut erhalten, **Touristenschuhe** sehr gut erhalten, Größe 41, **Singermaschine** [illegible] **Feuerkäfer** [illegible]

Sie erreichen

auch durch ein Inserat in der

Dresdner Volkszeitung

erscheinendes Inserat

Ihren Zweck!

Der Fall Jagow im Reichstag

Deutscher Reichstag

Berlin, 5. Juli.

Auf eine Anfrage des Abg. v. Graefe (Dnat. Vp.) wegen der schweren Gefährdung des Ansehens der deutschen Gerichte durch das Verhalten widerstandsfähiger Angeklagter, wie z. B. im Prozeß des Kommandeurs Max Holz, wird regierungsseitig erwidert, daß diese Frage bei der allgemeinen Reform des Strafrechts mit zu beraten sein wird. Auf eine Anfrage des Abg. Münster (Komm.) wegen der Überhaupt über den Polizeipräsidenten und der strafrechtlichen Verfolgung des Grafen v. Helldorf und des Leutnants Marbach wird erwidert, die Kosten hinsichtlich der Geldzahlung noch nicht fest. Graf v. Helldorf habe nur im Auftrage der Reichsregierung gehandelt und sich deren Anordnungen nicht entzogen. Auf eine Anfrage wegen des gesetzwidrigen Transports des Unteroffiziers Wolff nach Leipzig wird erwidert, der Vorfall hat Anlaß zur Anstellung von Ermittlungen gegeben, die noch nicht abgeschlossen seien. Die Antwort werde schriftlich gegeben werden.

Zur Interpellation der Koalitionsparteien über den Stand des Verfahrens gegen Herrn von Jagow und der Unabhängigen über denselben Fall (letztere verlangt auch das Einschreiten gegen die Angeklagten) werden noch heute erledigt. Die Interpellation der Zentrumsfraktion über die Verhältnisse im Reiche Mansfeld kann innerhalb der gesetzmäßigen Frist beantwortet werden. Eine Reihe kleinerer Vorlagen wird sodann den Ausschüssen überwiesen bzw. angenommen.

Zur 2. Beratung über die Gewährung von Beihilfen an Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung liegt eine Reihe von Abänderungsanträgen der Koalitionsparteien vor. Die Versicherungsgrenze soll von 15 000 auf 30 000 M. heraufgesetzt werden. Es sollen drei neue Klassen im Versicherungsgesetz für Angestellte geschaffen werden. Klasse K: mehr als 5000 bis 10 000 M. Gehalt und 50,20 M. Monatsbeitrag, Klasse L bis zu 15 000 M. mit 40 M. und Klasse M über 30 000 M. mit 48 M. Das Gesetz soll zum Teil bereits auf den 1. Januar 1921 zurückdatiert werden.

Abg. Lambach (Dnat. Vp.): Im Ausschuß für die Vorbereitung des Versicherungsgesetzes sei zunächst infolge des Widerspruches der Angestellten die ganze Vorlage gescheitert, anderseits aber sei es der Sozialdemokratie gelungen, das Ziel ihrer Wünsche, die Ausdehnung der Versicherungspflicht in die Rentengesetzgebung hineinzuschmuggeln. Es werde ja allmählich bemerkbar, daß die Alterversicherung mehr leiste. Demgegenüber werden auch die Beiträge annähernd gleichgemacht, um zu beweisen, daß die Angestelltenversicherung bei weitem nicht das leisten könne, was die Alterversicherung leistet. Auf diese Weise soll das Angestelltenversicherungsgesetz den Angestellten verekelt werden. Bedauerlich sei, daß so viele Mitglieder der bürgerlichen Parteien sich zu diesem Mißtrauen hätten einfangen lassen.

Abg. Thiel (D. Vp.) stimmt der Vorlage an sich zu, nicht aber den Änderungsanträgen. Das alte Gesetz der Angestelltenversicherung soll zerschlagen werden und die Angliederung an die Invalidenversicherung erfolgen. Abg. Baru (Komm.) erkennt den Grundsatz des Gesetzes als berechtigt an. Eine Sondernahmestellung für die Angestellten sei hier nicht mehr zulässig. Deshalb geht uns der Antrag der Koalitionsparteien nicht weit genug. Redner fordert Angliederung der Angestelltenversicherung an die Invalidenversicherung.

Abg. Hoch (Soz.): Die Reden der Rechtsparteien beruhen auf Verdrehung der Tatsachen. Sie haben uns Dinge unterschoben und dagegen polemisiert, an die wir gar nicht denken. Es handelt sich doch nur um einen Notbehelf, der mit der endgültigen Regelung der Angestelltenversicherung gar nichts zu tun hat. Die Angestelltenversicherung hat in sozialer Hinsicht völlig versagt; trotzdem wird sie von den Rechten aufrechterhalten, damit die Angestellten ja etwas vor den Arbeitern voraus haben. Fachleute treten heute für die Verschmelzung der beiden Versicherungen ein. Die Angestelltenversicherung gewährt fast gar keine Renten. Wir fordern zum mindesten sachliche Prüfung.

Abg. Andres (Zentr.): Die Gesetzesvorlage ist äußerst mangelhaft vorbereitet worden. Wir sind in der letzten Zeit eine große Anzahl von Telegrammen aus allen Teilen des Reiches zugegangen, in denen die Entrüstung über die veränderte Haltung des Ausschusses zum Ausdruck kommt. Wenn wir auch nicht dafür sind, daß diese Novelle ohne Prüfung ganz lautlos über die Bühne des Reichstages geht, so haben wir doch unser Möglichstes getan, damit diese Novelle noch vor dem Auseinandergehen des Reichstags erledigt werden kann. Die Frage, ob die Reichsversicherungsordnung und die Angestelltenversicherungsordnung zusammengeschweißt werden soll, bedarf ernsthafter Erwägungen. Wir persönlich sind gegen eine solche Verschmelzung, weil ein derartiges Gesetz den Angestellten doch nur ein Buch mit 7 Siegeln sein würde. Die Angestelltenversicherung muß von innen heraus ausgebaut werden. Von einem „Raubzug" auf die Taschen der Angestellten dürfen Sie (zu den Soz.) bei dieser Erhöhung nicht reden, wie es heute auf den Plakaten heißt, die zu Protestversammlungen auffordern, denn Sie beantragen ja selbst die Erhöhung.

Abg. Schwarzer (Bayr. Vp.): Mit einer Regelung, wie sie die Anträge der beiden Koalitionsparteien vorsehen, können sich die Angestellten nicht zufrieden geben. Daher liegt vor der eine Antrag vor, daß der 18. Mai ein Ausschuß der Angestellten aufhören kann, daher notgedrungen zustimmen.

Abg. Marx (U. Soz.): Nachdem die Beschlußgrenzen nicht beseitigt werden konnten, mußten wir, da die Regierung die Beschlußgrenze bis zu 30 000 Mark für das Maximum erhöhte, und dem weitgehenden Antrage zustimmen. Durch große einheitliche Organisationen wollen wir den Angestellten nützen. Von einer Schädigung der Angestellten kann keine Rede sein.

Abg. Oxfelen (Komm.): Die Rechte wollte ja in ihrem Antrage noch weiter gehen. Sie wollte noch höhere Rentengrenzen schaffen. Bedauerlich hätte sie trotzdem noch Abänderungsanträge stellen können.

Der grundlegende § 1 der Regierungsvorlage wird unverändert angenommen. — Zum § 4a wird der preußische Handelsminister um Erleichterung seiner Rechnung, da der Vorgang überflüssig ist. — Der § 4a wird darauf gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten gestrichen. — Der Antrag der Koalitionsparteien zur Änderung des Angestelltenversicherungsgesetzes wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Einstimmig wird die Bestimmung, wonach nur Männer wählbar sind, gestrichen. Der Rest des Gesetzes wird in zweiter Lesung angenommen.

Es folgen die bei den Haushaltsberatungen zurückgestellten Abstimmungen. Der Antrag der Linken, die Forderung für die Verbilligung des Reises zu streichen, wird abgelehnt, ein sozialdemokratischer Antrag, die Regierung zu ersuchen, Zeitungsdruckpapier aus der Tarifstelle A in die Stelle B, unter Zuteilung eines besonderen Gebäudes für die Stellung gedeckter Wagen mit Wirkung vom 1. April 1921 ist zu verfügen, gegen die Kommunisten angenommen. Der Antrag der Koalitionsparteien, die Reichszentrale für Heimatdienst am 1. Oktober zu schließen, und nur Beamten und Arbeitern zu halten, deren Fortführung im Reichsinteresse gelegen erscheint, wird gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt. Angenommen dagegen der Ausschußantrag auf Umgestaltung der Zentrale und Einsetzung eines parlamentarischen Beirats. — Das Gesetz zur Ueberwachung des Verkehrs mit Schußwaffen wird nach einer ablehnenden Erklärung des Abg. Zapf (U. Soz.) in zweiter und dritter Lesung angenommen, ebenfalls in dritter Lesung das Wehrmachtversorgungsgesetz.

Der Fall Jagow

Zur Beratung gelangt weiterhin die Interpellationen über den Stand des Verfahrens gegen Herrn v. Jagow.

Abg. Dr. Seelig (Soz.) begründet die Interpellation der Regierungsparteien. Der Herr Reichsjustizminister hat kurz im Reichstag erklärt, der Haftbefehl gegen Herrn v. Jagow sei nicht ausgeführt worden, weil dieser krank sei. Herr v. Jagow hat selbst öffentlich bekundet, daß er krank ist. Der Justizminister hat weiter erklärt, das Verfahren könne nicht fortgesetzt werden, da der Aufenthalt Jagows nicht bekannt sei. Dieser habe aber selbst öffentlich mitgeteilt, seine Wohnung befinde sich in Potsdam in der Voradstraße. Es ist also auffällig, daß das Verfahren nicht fortgesetzt wird. In der Reichsregierung in der Lage und bereit, über den Stand des Verfahrens gegen Jagow wegen Hochverrats ausführlich Auskunft zu geben.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.) begründet die Interpellation seiner Partei. Wir treten nach wie vor für humane Behandlung, besonders der politischen Gefangenen, ein. Da aber die Justiz besonders gegen Arbeiter sehr rücksichtslos vorgeht, verlangen wir gleiches Maß auch gegen rechts. Gegen die Bevorzugung Jagows erheben wir

schärfsten Protest.

Der Haftbefehl ist datiert vom März d. J.; was ist während des ganzen letzten Jahres geschehen, um Herrn v. Jagow der Untersuchungshaft zuzuführen? Gegen die Kommunisten wurden die Ausnahmegerichte, um eine möglichst schleunige Sühne herbeizuführen. Nach dem Kapp-Putsch vergeht ein Jahr, ehe der Oberreichsanwalt sich schlüssig wurde, was zu geschehen habe. Wer ist der Schuldige in diesem Falle? Der Justizminister Schiffer hat durch die eigenen Erklärungen Jagows eine Ohrfeige empfangen, wie sie schallender wohl nie verabreicht worden ist.

Das ist der Dank vom Hause Jagow!

Wo gab es in Deutschland schon einmal einen Hochverräter, gegen den der Haftbefehl nicht durchgeführt wurde, weil er nicht gesund war? Geht wenn genügt dazu das Attest eines privaten Arztes? Der erste Arbeiter muß das Geld für ein ausländisches Attest aufbringen, wenn er die Haftentlassung erreichen will. Herr v. Eulenburg tat doch wenigstens so, als ob er krank wäre! Herr v. Jagow erreicht seinen Zweck auch so. Der Vorwärts hat ganz recht, wenn er sagt: der Justizminister behauptet, Herr v. Jagow simuliere nur Gesundheit! (Heiterkeit.) Der Justizminister hat hier erklärt, wir müssen Herrn v. Jagow sogar menschliche Teilnahme entgegenbringen. (Heiterkeit.) Wir sind zu jeder Teilnahme bereit, aber der Betreffende muß sie auch auch haben. Herr v. Jagow hatte als Polizeipräsident sehr gute Nerven. Die heftigen Attacken gegen die Wohlfahrtsdemonstranten machten ihm nichts aus. Herr Minister, sind Sie immer so teilnahmsvoll? (Heiterkeit.) Vielleicht werden Sie Ihre Teilnahme solchen Menschen zuteil, wie dem schwer nervenkranken Arbeiter in Arbeit, der im Untersuchungsgefängnis erblindete und dessen Entlassung der Reichsanwalt beantragte. Er wurde aber vom Kammergericht dem Reichswehrgruppenkommando Kassel zur Verfügung gestellt und dem Gefängnislazarett überwiesen. (Hört, hört! links.) Dieser Fall, der im Volk allgemeine Sympathien gefunden hat, wird schwer lungenkrank im Gefängnis zugrunde gehen, weil er nicht einmal einen Spezialarzt konsultieren darf. Bei Jagow konnte es sich doch nur um eine ganz kurze Untersuchungshaft handeln, denn er wird natürlich sofort freigesprochen. Es ist ein unerhörter Skandal. Der Minister weiß nicht, wo Jagow ist. (Zuruf links: Vielleicht hat er auf der Anklagebank? — Heiterkeit.) Wie steht es denn mit den andern Komplizen? Helfershelfer beim Hochverrat gehören auch ins Zuchthaus. Möge der Minister sich hüten, daß er sich dem Zuchthaus Kameradschaft macht. Der Fall Jagow ist für uns klar. Er ist Feind. Er müßte außerhalb der Parlamente entfernt werden. (Hört, hört! rechts.) Die Proletarier müssen darüber Klarheit behalten.

Reichsjustizminister Schiffer: Ich habe Zurückhaltung geübt, weil es als Justizminister mir widerstrebt, in ein schwebendes Verfahren einzugreifen. Wenn Herr v. Jagow sich selbst als krank bezeichnet, so will er dem Minister nur unterschieben, daß er ihn quälen will. Das ist eine Verhöhnung der Justiz. Der Haftbefehl ist doch von Herrn v. Jagow selbst entgegengenommen worden. Romantische Naturen halten ihn für einen tollen Mann. So sind auch diese erschienen, die ihm förmlich zugeredet haben, dem Justizminister ein Schnippchen anzuschlagen. (Hoffmann fragt: Wann wird er denn verhaftet?) Bei Ihnen doch nur in Marburg, Herr Hoffmann. Das Verhalten des Herrn v. Jagow verletzt nicht nur gegen die Regierung, sondern auch gegen den Staat genau so wie die naturalische Gleichgültigkeit. Der v. Jagow ist nach Stellung der Kaution zu der angesetzten Hauptverhandlung erschienen und seine Adresse in Potsdam angegeben. Diese Verschleierung ist infolge eines bedauerlichen Versehens nicht rechtzeitig bekannt geworden. Jedenfalls ist zu erwägen, ob nach der Entweichung des Herrn v. Jagow eine Wendung bei der ganzen Sache eintreten, und der Reichsanwalt in gleicher Weise der Ansicht sein wird, daß die früheren Anklagen v. Jagows nicht mehr zutreffen. Der Reichsanwalt hat aber beschlossen, den Beschluß der Untersuchungshaft gegen Kautionsstellung aufzuheben, nicht umzustoßen. Es dieser Beschluß lediglich nicht auf Gesundheitsrücksichten aufgebaut war. Jedenfalls ist eine entsprechende Klage schriftlich fertiggestellt worden und wird dem Reichstag in diesen Tagen zugehen. Auf einen weiteren Zuruf der Unabhängigen, daß die Sache beim Reichsgericht in gut Hand, bezeichnet der Minister einen diese neue Verschleppung der Justiz.

Abg. Rudisch (Soz.): Das Volk versteht das Verhalten des Reichsgerichts nicht. Es ist eine Verhöhnung in der Strafgerichtsbarkeit. Politisch entscheidet sich aus der Geistesfreiheit Jagows nicht eine Verhandlungs- und Zeugnisfähigkeit. Die Anzahl der Opfer von Kapitalverbrechen ist durch Tod, Amnestie und andere mit Zuchthausverbrechern. (Hört, hört!) Und wie viele von diesen ist er nun dem Zuchthaus entgangen? Der Minister ist verantwortlich für den Geist der Justiz, insbesondere der Untersuchungshaft. Die Richter im Gerichtssaal.

Von den Kommunisten ist ein Mißtrauensantrag gegen den Justizminister eingegangen. Abg. Wermuth (Dnat. Vp.): Da Jagow auf die Vorladungen bisher erschienen ist, hat sich nichts geändert, daß seine Kaution als genügend angesehen wurde. Daß das Verfahren in langsamer fortschreitet, dafür liegen genügende Gründe in der Schwierigkeit und Weitschichtigkeit des Materials. Von einer absichtlichen Verzögerung kann keine Rede sein. Abg. Dr. Herzfeld (Komm.): Herrn v. Jagow liegt die Rebellion im Blute. Um so unverständlicher ist das Verhalten des Reichsgerichts, und wenn ein Minister das noch verteidigt, kann man sich nicht wundern, daß das Vertrauen in unsere Justiz ins Wanken gekommen ist.

Abg. Moses (U. Soz.): Was Herr v. Jagow über den Herrn Minister denkt, läßt sich am besten in die Worte kleiden, die Goethe seinem Götz von Berlichingen sagen läßt. Er kann es sich ja leisten, denn zur rechten Zeit hielt sich das erforderliche medizinische Gutachten ein. Auf der Linken sind solche Atteste nicht so erfolgreich. Das Reichsgericht hat sein Ansehen selbst durch seine Schuld untergraben und nicht zum wenigsten im Auslande.

Die Abstimmung über den Mißtrauensantrag Hoffmann gegen den Minister Schiffer soll morgen stattfinden.

Mittwoch vormittag 11 Uhr: kleine Vorlagen. — Schluß 7½ Uhr.

Sächsische Angelegenheiten

Eine Neuordnung des Fremdenmeldewesens

Die sächsische Regierung plant, wie verlautet, eine Abänderung des Fremdenmeldewesens. Die bestehenden Bestimmungen wären veraltet und daher dringend verbesserungsbedürftig. Die zuständigen Stellen haben zunächst ein Gutachten der hauptsächlichsten wirtschaftlichen Organisationen des Verkehrsverbände usw. erbeten, um die Neuordnung möglichst praktisch zu gestalten. Wenn alle Gutachten vorliegen, soll durch eine Regierungsverordnung das Fremdenmeldewesen entsprechend den Forderungen der Neuzeit geregelt werden.

König Kohle

Roman aus der amerikanischen Bergarbeiterbewegung

Von Upton Sinclair

Wohin Hal sich wandte, überall sah er schmerzgekrümmte Frauengestalten; einige standen unbeweglich mit weitaufgerissenen starren Augen, wie hypnotisiert, andre saßen auf der Erde, die Körper hin- und herwiegend, wieder andre lagen auf den Knien, die Gesichter im Gebet nach oben gewandt, erschrockene Kinder verkrampften ihre Hände in die Röcke der Mütter. Hal sah eine Greisin, ein klägliches, bloßes, junges Ding, den Kopf mit einem zerrissenen grauen Tuch bedeckt; sie streckte die Arme aus, schrie: „Mein Mann! Mein Mann!" Dann verhüllte sie ihr Gesicht, der Schrei erstarb zu einem tonlosen Wimmern der Verzweiflung: „O, mein Mann! O, mein Mann!" Sie wandte sich um, schwankend, wie ein Geschöpf, das den Todesstoß empfangen hat. Hals Augen waren wie festgebannt an ihrer Gestalt; ihr unwillkürlich wiederholter Ruf ward zum Leitmotiv dieser Tragödie des Grauens.

Er hatte oft in der Zeit von Grubenunglücken gelesen; hier jedoch ward die Katastrophe lebendig, das Wort wurde Fleisch und Blut. Unerträglich war seine und der ganzen Welt Ohnmacht, die ihm durch Gottons Ausruf und die Antworten der Bergleute immer klarer wurde. Es war ungeheuerlich, schien unfaßbar — und doch war es so. Ein neuer Bader mußte beschafft werden, es gab nichts andres zu tun, als die Herbeischaffung abzuwarten; dann, wenn er eingetroffen und in Bewegung gesetzt war, mußte man abermals stundenlang warten, bis Rauch und Gas aus den Hauptgängen der Grube getrieben waren; bis dahin konnte nichts unternommen werden, gar nichts. Die Leute blieben in der Grube; die, die nicht sofort getötet worden, würden in die entfernteren Räume kriechen und sich gegen die tödlichen „Nachschwaden" verbarrikadieren; würden warten, ohne Nahrung und Wasser, in erstickender Luft — warten und warten, bis die Rettungsmannschaft zu ihnen gelangt.

Vielleicht versuchte sich Hal in der allgemeinen Verwirrung daran zu erinnern, wer von seinen Bekannten in Schacht 1 arbeitete. Er selbst hatte in Nr. 2 geschafft, doch kannte er selbstverständlich auch Arbeiter aus dem andern Schacht — den alten Ratterin, Mary Burkes Vater, einen der Mitglieder der „Wagenkontrolle-Gruppe", Zannierowitz. Hal vermeinte plötzlich das Gesicht des geduldigen kleinen Polen zu sehen, der so gutmütig lächelte, wenn die Amerikaner seinen Namen auszusprechen versuchten. Und der alte Ratterin, mit all den kleinen Ratterins und seinen kläglichen Bemühungen, nicht die Gunst des Aufsehers zu verscherzen. Und der arme Patrick Burke, den Hal niemals nüchtern gesehen: nun war er zweifellos nüchtern — wenn er noch lebte.

In der Menge stieß Hal auf Jerry Minetti und erfuhr, daß auch Lorenzo, der Mann, dessen „Fanciulla" mit ihm getwielt, in dem Schacht war, und auch Judas Apostolikas war unten, hatte sind dreißig Silberlinge mit in die Todesfalle genommen.

Auch die andern stellten, gleich Hal, durch Fragen Listen auf. Manchmal wurde urplötzlich ein Name gestrichen, bisweilen sah eine weinende Frau, die Schürze vor dem Gesicht, plötzlich um sich schreiend auf und warf sich in die Arme eines Mannes. Und Hal war es zumute, als ob er einen Geist erblicke, da er mit einem Male in einer Schar von Leuten Patrick Burke erkannte. Er ging auf ihn zu und hörte den Bericht des alten Mannes: — ein Tage-Skeil hatte seinen Balken gestohlen, er war aufgestiegen, um neue zu holen, und rettete derart sein Leben, während der Balkendieb unten geblieben — die Strafe der Vorsehung für Grubengauner. Hal fragte, ob Burke bereits seine Familie benachrichtigt habe. Er sei wohl nach Hause gelaufen, hatte jedoch niemand angetroffen. Daraufhin begann sich Hal einen Weg durchs Gedränge zu bahnen, um Mary, Jenny oder den Bruder Tom zu finden. Er beharrte auf seiner Suche, obschon er sich selbst fragte, ob die Familie eines unbeliebten Trunkenboldes der Vorsehung für ihr Eingreifen sehr dankbar sein würde.

Er begegnete Olive, der sich mit heißer Mühe gerettet hatte; er war am Förderkorb angeschlagen. All dies war eine alte Geschichte für den Dynamitator, der seit seinem achten Lebensjahre in Bergwerken arbeitete und manche Katastrophe erlebt hatte. Er begann, Hal die Dinge trocken zu erzählen. Das Gelände verbrachte für jede Grube eine gewisse Anzahl Ausgänge, auch einen Leiter-Notausgang; doch kam das Graben so vieler Löcher ziemlich teuer zu stehen.

Der Grund der Explosion war diesmal unbekannt; man wußte jedoch, durch die Wolken von Kohlenstaub belehrt, daß es eine Staubexplosion sei; jeder, der in der Grube gewesen war, dortselbst die Trockenheit gesehen hatte, konnte sich vorstellen, wie gewaltig die Explosion gewesen und wie es unten aussehe. Freilich sollte regelmäßig Lattziegelstaub ausgestreut werden, doch hatten darüber die Aufseher ihre eigenen Ansichten.

Hal vermochte kaum den Erklärungen zu folgen; all dies war ihm noch zu neu, zu entsetzlich. Was lag daran, wer das Unglück verschuldet? Es war geschehen, nun hieß es helfen. Unter denen Olives Worte klangen die Schreie der in dunklen Höhlen erstickenden Männer an sein Ohr — wie Wellen gegen den Strand schlugen, erhob sich das Schluchzen der Frauen, der leise, unablässige Ruf: „O, mein Mann! O, mein Mann!"

Sie stießen [illegible] auf Jeff Cotton. Von einigen Männern umgeben, drängte er die Menge von der Schachtöffnung zurück und ließ Stacheldraht spannen, um sie fernzuhalten. Hal fand, daß er ziemlich roh vorgehe; doch sind hysterische Weiber zweifellos eine harte Geduldsprobe. Er beantwortete kurz ihre halbverrückten Fragen: „Ja, ja! Wir werden einen neuen Bader beschaffen. Wir tun, was wir können, sage ich euch. Wir bekommen ihn bestimmt heraus. Geht nach Hause und wartet."

Doch wollte selbstverständlich niemand heimgehen. Wie konnte denn auch eine Frau zu Hause sitzen, ihren alltäglichen Beschäftigungen nachgehen, während ihr Mann vielleicht unter der Erde erstickte? Wenigstens wollten sie an der Schachtöffnung stehen, den Männern so nahe wie möglich sein. Einige verharrten dort stundenlang regungslos, andre irrten ins Dorf hinaus, fragten die gleichen Leute immer und immer wieder, ob sie nicht ihre Lieben gesehen. Einige der Männer waren unverwundet, gleich Patrick Burke, oben aufgetaucht; dennoch schien noch für jeden eine Chance zu bestehen.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210706/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Wendenpolitik

Eine sächsische Zeitungskorrespondenz hatte vor kurzem einige Proben aus Artikeln des in Bautzen erscheinenden Blattes der Nationalwenden Barthscher Richtung, der Serbske Nowiny, gebracht, die bekanntlich in wendischer Sprache erscheint. Serbske Nowiny antwortet nun mit einem Artikel, aus dem folgende Sätze wiedergegeben seien:

„Was wäre aus uns geworden, wenn Deutschland im Krieg gesiegt hätte! Die armen nationalen Minderheiten wären gezwungen, unter dem Joche des deutschen Chauvinismus und völkervernichtenden Systems weiter zu jammern. Allzuviel Freiheiten hat uns der Deutsche nirgends und niemals gegönnt, sondern unsre mit Blut geschriebene Geschichte klagt über unmenschliche Unterjochung unserer Vorfahren durch die Deutschen, und wir denken daran mit zur Faust geballten Hand."

Soweit die Wenden in Sachsen in Betracht kommen, kann es sich nur, wenn überhaupt etwas an dem Lamento ist, um bahnbrechende Uebertreibungen handeln. Man hat auch früher insbesondere von den wendischen Vertretern im Landtage niemals etwas über eine solche Unterdrückung gehört. Sie haben zwar gelegentlich Wünsche für ihre Schulen geäußert, die aber zumeist erfüllt worden sind, obwohl sie oft recht unbedeutender Art waren. Wir haben wahrscheinlich keine Veranlassung, die alte Regierung irgendwie in Schutz zu nehmen, was ihr aber hier die Wenden andichten, dafür gibt es nicht einmal den Schatten eines Anhalts.

Dafür spricht auch das Verhalten der Wenden und ihrer Führer selbst. Man lese nur einmal die Reden nach, die der Wendenführer Barth früher im Landtage gehalten. Noch in den Kriegsjahren wies er mehrfach darauf hin, daß die Wenden bei Wahlen und sonstigen Anlässen treu zu Thron und Altar gestanden und in einer Ausschußsitzung hob er einmal pathetisch hervor, daß sich die Wenden von niemand in der Treue zum Königshause — notabene dem sächsischen — übertreffen ließen. Wie lassen sich solche Reden mit der jetzigen Wendenpolitik reimen? Wird etwa ihr Handeln von krassen Nützlichkeitserwägungen bestimmt? Haben sie sich früher etwa materielle oder sonstige Vorteile versprochen, wenn sie mit der Königstreue operierten und versprechen sie sich solche jetzt, wenn sie die schmachvoll Unterdrückten mimen? So würde ja etwas Sinn in die Wendenpolitik kommen, aber solche Beweggründe wären wahrlich nicht geeignet, das Ansehen der Nationalwenden zu heben.

Bau von Landarbeiterwohnungen

Das Reichskabinett hat eine Erhöhung des dem Reichsarbeitsminister zur Verfügung stehenden Fonds für Erwerbslosenfürsorge um 200 Millionen Mark eigens zum Zwecke der Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen vorgesehen. In einem Rundschreiben vom 12. Mai d. J. bestimmt der Reichsarbeitsminister die Bedingungen, unter denen sich die Bauenden auf dem Lande, vor allem die Gutsbesitzer, diese Vorteile zunutze machen können. Neben Darlehen kommen auch Zuschüsse in Betracht; ihre Höhe stellt sich regelmäßig auf den doppelten Betrag der ersparten Erwerbslosenunterstützung und dürfte je nach den örtlichen Verhältnissen und nach der Bauweise etwas mehr oder weniger als ein Drittel der Baukosten betragen. Als förderungswürdig erscheinen in erster Linie Bauten mit beschränkter Raumzahl (in der Regel für höchsten vier Familien), daneben schon vorhandene bauliche Anlagen größeren Umfanges, die besser ausgestaltet werden sollen. Die Bauten sollen möglichst so angelegt sein, daß sie im Bedarfsfalle später zu Eigentümerstellen ausgebaut werden können. [illegible] dürfen die so erstellten Bauten ausschließlich als [illegible] einheimischer Landarbeiter verwendet werden. Als Arbeitskräfte für den Bau sollen vor allem Erwerbslose herangezogen werden. Nur für diese kann der Bauende neben der Reichs- auch die Gemeindeunterstützung in Anspruch nehmen. Förderungsanträge sind für den Bereich des Freistaates Sachsen an die Landessiedlungsgesellschaft (Dresden, Kanzleigäßchen 1) zu richten.

Pastor Dr. Fiedler als Schulvikar

Pastor Dr. Fiedler, der in Oberplanitz angestellt war, aber wegen der von ihm verfaßten Schrift „Luther und das Christentum" aus dem Kirchendienst entlassen worden war, ist an der Schule zu Niederplanitz als Schulvikar eingestellt worden.

Versetzung des Regierungsrats Starck

Wie der Telunion-Sachsendienst erfährt, ist der durch verschiedene Maßnahmen bekannte Regierungsrat Starck nach Ablauf seines Urlaubs nicht mehr bei dem Landesfinanzamt Dresden-Ost beschäftigt worden. Da er noch nicht Reichsbeamter ist, sondern nur kommissarisch beschäftigt wird, ist er vorläufig dem Finanzamt Dresden-Neustadt überwiesen worden.

Der Annaberger Vatermord

Zu dem gräßlichen Vatermord in Annaberg werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Der jugendliche, vollkommen entartete, seit langem schon als leichter Bursche bekannt gewesene Mörder saß am Mordtage mit seinem Vater in der Küche und geriet bei Vorhalten beruflicher und finanzieller Art in Differenzen mit dem Ermordeten. Seit langer Zeit befand sich der Sohn zu Hause, ohne irgendwie entschlossene Neigung zu einer Berufsbildung an den Tag zu legen. Selbstverständlich verdiente er auch kein Geld, gab aber trotzdem gern und flott Geld aus. Darüber mag wohl auch am Mordtage ein Streit mit dem Vater entstanden sein. Jedenfalls steht fest, daß er unmittelbar vor der Tat seinen Vater bereits mit den Worten bedrohte: „Nun aber halte endlich Ruhe, sonst passiert etwas!" — Nach begangener Tat schleppte der Mörder sein Opfer in das Nebenzimmer, wo die Leiche fünf Tage lang auf der bloßen Diele lag, natürlich in einer großen Blutlache. Bald nach dem Totschlag verließ der Mörder das Haus, der Hausmannsfrau mitteilend, daß er seinen Vater soeben zum Automobil geleitet habe. Derselbe werde auf vier Monate verreisen, so daß man nun endlich vor ihm Ruhe habe. Sodann genoß er, vollständig unbekümmert, das Leben nach seinem Geschmack in vollen Zügen. Er kneipte bis in die frühen Morgenstunden und ließ seine Streifzüge dann schließlich in einem Sektgelage enden.

Am Sonntag saß er mehrere Freunde bei sich in der Wohnung, wo gesungen wurde, und er selbst Klavier spielte. Außerdem kreiste die Kognakflasche. Daß nebenan sein ermordeter Vater im Blute lag, störte ihn in keiner Weise. Nachmittags ging es dann per Zug nach Sehma ins Familienbad, abends wurde wieder gezecht und am Montag in Begleitung eines Bekannten eine Reise nach Leipzig angetreten, wo ein Mädler-Koffer erworben werden sollte, der jedoch in der geforderten Größe nicht vorhanden war. In diesen sollte dann wohl die Leiche des Toten gepackt werden. Am Mittwoch nachmittag kam man von der vergeblich gewesenen Fahrt zurück und am Donnerstag früh erfolgte die dringliche Bestellung der Kiste und ihres Zinkeinsatzes. Deren Lieferung erfolgte am gleichen Tage gegen 6 Uhr abends, worauf der Mörder sofort sein Opfer hineinpackte und um 7 Uhr die Verlötung vornehmen ließ. Vorher sprengte er im Zimmer reichlich Parfüm aus, um jeden Leichengeruch zu übertäuben.

Der erste Verdacht stieg nun sehr bald bei den Mietern im Tränkerschen Hause auf. Der Sohn hatte bereits vor der Mordtat verbreitet, daß sein Vater mehrere Monate verreisen würde. Ein intimer Freund des Ermordeten begab sich nunmehr zur Polizei und teilte derselben mit, daß irgend etwas hier nicht in Ordnung sein könne. Noch zwei Tage vor der Mordtat war nämlich der Tote bei diesem Bekannten gewesen, ohne etwas von der angeblich längeren Reise verlauten zu lassen. Als die Polizei dann einschritt, um die Kiste, in der der ermordete Vater lag, zu öffnen, gestand der entartete Sohn sein Verbrechen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Eine aufregende Szene spielte sich auf dem Wege zum Johannesgartenteiche in Hohenstein-Ernstthal ab. Dort wollte der Bahnstraße 2 wohnhafte Arbeiter Friedrich seine fünf und sieben Jahre alten Kinder ertränken. Passanten hinderten ihn daran. F. kam in Haft. — Auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise war in Oederan der Inhalt eines in einem von Flöha kommenden Güterzuge befindlichen Möbelwagens in Brand geraten. Beim Einlaufen des Zuges in den Bahnhof wurde das Feuer bemerkt, doch konnte von dem Inhalt des Möbelwagens nur wenig gerettet werden, da schon der größte Teil der Sachen in Flammen stand. Der Wagen enthielt das Mobiliar des Oberförsters Kruzsch aus Auerbach, der nach Tharandt übersiedeln wollte.

Stadt-Chronik

Ob arm, ob reich, im Tode gleich!

Dieser oft gehörte Spruch stimmt nur, wenn man „im" Tode betont, — nach dem Tode ist's dann sofort wieder mit der Gleichheit aus. Man vergleiche nur auf unseren Friedhöfen die einfachen oft ganz ungepflegten Gräber der Armen mit den protzigen, aus den wertvollsten Materialien hergestellten imposanten Denkmalern der Reichen, die die „moderne Friedhofskunst" und die Besteller als Zeichen der Pietät angesehen haben wollen, die aber nichts als Zeichen der Zahlungsfähigkeit sind.

Das ist nun heute in der Zeit des Privateigentums kaum zu ändern, und wir müßten nicht, daß die christliche Kirche sich gegen die so geradezu geflissentlich hervorgehobene Ungleichheit ihrer Gläubigen nach dem Tode gewendet hätte. Aber weltliche Behörden könnten doch einigermaßen die allzu stark auftretenden Gegensätze mildern . . . .

In der städtischen Einäscherungsanstalt ist soeben eine Leichenfeier beendet. Es ist eine solche dritter oder zweiter Klasse gewesen — wir leben eben in einer „klassischen" Zeit. Eine immergrüne Pflanzendekoration hat den Sarkophag geschmückt und umschattet. Die Trauergemeinde verläßt die Halle, die Angehörigen der nächsten zur Bestattung gelangenden Leiche betreten sie. Aber sie sind nur Proletarier, sie haben nur eine Feier vierter Klasse bestellt. Sie nehmen in der Halle Platz. Es wird ihnen aber keine Sammlung gegönnt. Vier handfeste Arbeiter in eisenbeschlagenem Militärstiefeln [illegible] die Halle, um in viertelstündiger, keineswegs stiller Arbeit die zwei Dutzend Kübel mit den Dekorationspflanzen für die höhere Klasse aus der Halle zu entfernen. Immer kahler wird der Raum, und erst wenn das letzte bißchen Grün entfernt ist, tritt andächtige Ruhe ein. Es spricht aus diesem Verfahren eine Impietät, eine Kaltherzigkeit, ja eine Gefühlsroheit, die man von einer städtischen Behörde einer sich mit ihrer alten Kultur so brüstenden Stadt wie Dresden nicht erwarten sollte. Könnte, wenn eine einfache Bestattung einer „besseren" folgt, der Pflanzenschmuck nicht einfach stehen bleiben, damit den Armen ihre Armut nicht noch fühlbarer gemacht wird? Ganz gewiß ginge das, um so eher, als es ja oft wohl vorkommen mag, daß auf die billigere Bestattung wieder eine besser bezahlte folgt und dann die Pflanzen wieder mit gleicher Mühe und gleichem Krach hereingeholt werden müssen. Könnte die Pflanzendekoration nicht für immer und für alle Fälle stehen bleiben? Man wird dagegen einwenden, daß dann die splendideren Bestattungsformen und -klassen eine gewisse Einbuße erleiden. Das mag zutreffen. —, aber könnte man nicht mit der ganzen Klasseneinteilung aufräumen und die Toten in gleicher Weise zur letzten Ruhe bringen? Unsere Meinung nach ginge das sehr wohl, wenn man als normal den höchsten Satz als Gebühren erhöbe und den Minderbemittelten je nach ihrem Einkommen einen nach mehreren Stufen gegliederten Gebührennachlaß gewährte. Dann wären die Toten wenigstens bis zum Ende ihrer Leiblichkeit gleich.

Geht das aber nicht zu machen, dann soll man sich wenigstens nicht beschweren, wenn die erbitterten Rufe zum gewaltsamen Sturze der Klassenherrschaft, die sich noch beim Tode dokumentiert, nicht aufhören wollen.

Gärtnereiarbeiter und Botanischer Garten

Zur Erhaltung des Botanischen Gartens richtet der Gruppenvorstand der Betriebsräte für Gärtnerei und Landwirtschaft an die Regierung und Volkskammer eine Eingabe, dem Ansinnen, den Botanischen Garten aufzulösen, nicht nachzugeben, sondern dafür einzutreten, daß der Botanische Garten zur Allgemeinbildung und -belehrung aus folgenden Gründen erhalten bleibe:

Der in den Dresdner Tageszeitungen veröffentlichte Artikel über die Auflösung des Botanischen Gartens hat vielfach die Meinung erweckt, als wäre es schon eine ausgesprochene Tatsache, daß der Botanische Garten zum Teil nach Pillnitz verlegt und an seiner jetzigen Stelle aufgelöst wird. Dies konnte man ja aus den Artikeln leicht annehmen mit Ausnahme des Staatsanzeigers. Dieser schrieb, nach Ansicht des Dresdner Stadtkollegiums ist der Botanische Garten überflüssig. Hierzu muß aber gesagt werden, daß die Stadt Dresden nicht nur für die Erhaltung des Botanischen Gartens in Frage kommt, sondern der ganze Freistaat Sachsen. Der Botanische Garten versendet an alle sächsischen Schulgärten Sämereien und Pflanzen.

Wenn die Stadt Dresden angibt, sie habe einen Schulgarten an der Bodenbacher Straße und benötige den Botanischen Garten nicht, so sei erwähnt, daß die Dresdner den Botanischen Garten am meisten mit in Anspruch nehmen. Der Botanische Garten liefert aber nicht nur Pflanzen und Sämereien, er wird auch jährlich von zirka 1000 Schulklassen besucht, sogar aus ganz abgelegenen Ortschaften, da er für den jetzt anzutreffenden [illegible] nicht wohl die geeignetste Stelle ist. Die Verlegung des Botanischen Gartens nach Pillnitz ist direkt widersinnig. Denn man wird doch nicht ein altes eingerichtetes Institut, das der allgemeinen Volksbildung dient, auflösen und an einer andern Stelle, die umständlich zu erreichen ist, neu errichten. Dies würde auch für den Staat keine Ersparnis sein. Für die Allgemeinheit wäre die Bildungsstätte jedoch verloren, denn wer soll bei den heutigen teuren und schwierigen Fahrgelegenheiten nach Pillnitz fahren.

Die Pillnitzer Gärtnerei soll aber eine Muster- und Versuchsgärtnerei sein. Sie soll den Gärtnern zeigen, was aus einer Gärtnerei herausgeholt werden kann, oder wie sich eine Gärtnerei am rentabelsten gestaltet. Hier werden die Gewächshäuser und Mistbeetkästen zu andern Zwecken gebraucht. Sollten dort ausländische Pflanzen mit untergebracht werden, so würden diese natürlich leiden und bald ihr Ende finden. Ist man aber auf die Erhaltung dieser Kulturen bedacht, so leidet der Handelsbetrieb, und es ist wieder ein botanischer Garten, an den der Staat Zuschuß zahlen muß. Wenn man nun diesen Zuschuß und die eventuelle Erwerbslosenunterstützung an die dreißig gewordenen Arbeitskräfte des alten Botanischen Garten zusammenrechnet, so wird der Betrag noch höher sein, als der jetzige bescheidene Etat des Botanischen Gartens.

Erwerbslosendemonstration

Am 11. Januar d. J. fand eine Versammlung der Erwerbslosen von Dresden und dem Plauenschen Grund statt. Nach der Versammlung begaben sich die Versammelten auf den Theaterplatz. Eine Kommission war nach dem Landtag gesandt worden, deren Wiederkunft man dort erwarten wollte. Entlang der katholischen Kirchen hatten nun mehrere Hundertschaften Sicherheitspolizei zur Aufstellung genommen, die den Demonstranten den Zugang zum Schloßplatz verwehrten. Auf dem Theaterplatz [illegible] Kriminalbeamte, die [illegible] mehrere Abteilungen [illegible], daß ähnlich wie bei früheren ähnlichen Gelegenheiten [illegible] Plünderungen von Geschäftslokalen stattfinden. [illegible] eine der Patrouillen über den Theaterplatz nach dem [illegible] ging, folgte ihnen ein Teil der Menge mit dem Ruf [illegible] „Achtung, ein Spitzel!" Einer der Beamten stürzte hin, [illegible] Kriminalbeamter Kaslow, eilte ihm zu Hilfe [illegible] wurde er von der Menge eingeschlossen. Man schlug auf ihn ein [illegible] mit dem Rufe: „Es ist ein Spitzel!" Die Menge nahm ihm [illegible] Waffen, Gummiknüppel und Schlagring ab und transportierte [illegible] unter fortgesetzten Schlägen nach dem König-Johann-Denkmal. [illegible] schützte ihn ein Arbeitersamariter vor weiteren Mißhandlungen. Auf Grund dieser Vorgänge wurde gegen den 23jährigen [illegible] arbeiter Paul Oskar Dreßner wegen Landfriedensbruches [illegible] Strafkammer verhandelt. Nach der Anklage hat D. [illegible] vor der [illegible] gegen den Beamten beteiligt [illegible] der Angeklagte D. war selbst [illegible] die Waffen abgenommen. [illegible] an dem betreffenden Tage mit demonstriert. Er [illegible] und hatte am betreffenden Tage [illegible], da er drei Kinder hat, [illegible] Arbeit zu erhalten, [illegible] bis zum [illegible] Erfolg gehabt. Am betreffenden [illegible] aber bis heute noch keinen Erfolg gehabt [illegible] K. nicht für einen [illegible] Tage habe er den [illegible] erhalten, und deshalb sei er bemüht [illegible] sondern für einen Spitzel erhalten. So sei er dazu gekommen, sich [illegible] ihm die Waffen abzunehmen, um zu Gegenmaßregeln aufzufordern [illegible] Kreise der Erwerbslosen, um zu [illegible], daß K. ein Polizeibeamter war. Er [illegible] später habe er erfahren, daß K. ein Polizeibeamter war. Er habe aber den Mann nicht geschlagen.

Kriminaloberwachtmeister Kaslow schildert als Zeuge die Erlebnisse, wie oben mitgeteilt. Der Angeklagte habe ihm nur die Waffen weggenommen, ob er ihn geschlagen habe, könne er nicht behaupten. Schriftsetzer und Arbeitersamariter Erler führte als Zeuge aus, daß Dreßner nicht auf den Beamten geschlagen, sondern ihm nur Gummiknüppel und Schlagring weggenommen habe. Die andern haben aber auf Kaslow eingeschlagen. Er habe [illegible]. Kriminaloberwachtmeister [illegible] Dreßner für eine aufgeregte Person. Kriminaloberwachtmeister [illegible] Kenner als Zeuge bemerkt, daß er auch einer Patrouille [illegible] [illegible] verhalten [illegible] hörte, die [illegible] wurde von 30 bis 50 Mann umringt und geschlagen und [illegible] Zeichen aufgeräumt. Er habe es dem Erwerbslosen [illegible] Mann [illegible] Gummiknüppel zu verhindern, daß man von ihm ablieh. [illegible] Führer der Erwerbslosen aus dem Plauenschen Grund. [illegible] Staatsanwalt wurde ausgeführt, die Verhandlung habe nicht [illegible] wiesen, daß der Angeklagte Dreßner der Rädelsführerschaft schuldig sei, aber er sei wegen einfachen Landfriedensbruches zu bestrafen, da er an der Zusammenrottung teilgenommen habe. (§ 125.) [illegible] Außerdem sei er wegen desselben Vergehens am 10. Februar d. J. [illegible] schon einmal zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden, die er gegenwärtig verbüßt. Das Gericht erkannte auf eine Gesamtstrafe von 6 Monaten Gefängnis; der aufgeregte Charakter des Angeklagten wurde vom Gericht als Milderungsgrund betrachtet. Dreßner nahm das Urteil mit einem Hoch auf die Republik und die Freiheit entgegen.

Stadtverordnetenfraktion

Donnerstag den 7. Juli, nachmittags Punkt 4 Uhr, Sitzung

Ausbesserung von Wäsche und Kleidung in und außer dem Hause werden durch geübte Kräfte gut erledigt. Meldungen an den Zentral-Arbeitsnachweis, Marienstraße 17, Eg. Telefon 26 881. Geschäftszeit 7—3 Uhr. Es werden nur erprobte Näherinnen empfohlen. Ebenso werden gute Hausschneiderinnen vermittelt. Während der Reisezeit sind besonders gute Arbeitskräfte verfügbar, die zu anderer Zeit schwerer zu haben sind.

Die Kriegsgefangenenheimkehr Dresden ist mit Ende Juni d. J. aufgelöst worden. Soweit vereinzelt Heimkehrer hier ankommen sollten, wird sich, wenn nötig, die bei der Kanzlei der städtischen Marktverwaltung, Dresden-A., Wettinerstraße 36, Eg., zunächst noch weiter bestehen bleibende Geschäftsabteilung: „Hilfsausschuß Dresden" ihrer fürsorgend annehmen.

Oberschlesierhilfswerk. Als erste Erfolge der großen Sammlungen zugunsten der bedrängten Oberschlesier werden aus dem Reiche große Zahlen mitgeteilt. Die Stadt Dresden hat bereits 10 000 M. in bar und die gleiche Summe in Kleidungsstücken und Lebensmitteln für das Oberschlesierhilfswerk gespendet. [illegible] 8. Juli findet im Waldschlößchen ein großes Wohltätigkeitsfest mit Gartenkonzert (Anfang 5 Uhr) statt unter Mitwirkung des Dresdner Lehrergesangvereins sowie Künstlerkonzert (Anfang 7½ Uhr) unter Mitwirkung hervorragender Künstler und anschließendem Ball. Bei Eintritt der Dunkelheit großes Brillant-Feuerwerk. Die Dresdner Geschäftswelt hat eine große Anzahl wertvoller Gebrauchsgegenstände als Gewinne für eine Lotterie zur Verfügung gestellt.

Die städtische Heizausstellung im Ausstellungsgrundstück, Eingang Lennéstraße, ist durchaus der Beachtung wert. Drängen doch die hohen Preise für Kohlen, Gas und Elektrizität und die zweifelhafte Kohlenversorgung im kommenden Winter jedermann dazu, sich mit den Heizfragen ernstlich zu beschäftigen. Die Heizausstellung bietet die beste Gelegenheit hierzu. Sie ist bei freiem Eintritt geöffnet: Werktags von 10 bis 12 Uhr und 3½ bis 7½ Uhr (nicht wie bisher 3 bis 7 Uhr) und Sonntags von 11 bis 7 Uhr. — Während der Konzerte und zwei Stunden vor ihrem Beginn ist der Eintritt zum Konzert zu bezahlen. Wäre es denn aber nicht möglich, diese bureaukratische Beschränkung und Belästigung durch einen besonderen Zugang für Nichtkonzertbesucher zu beheben?

Heimatschutz-Vorträge. Die Juni-Mitteilungen des Landesverbandes Sächsischer Heimatschutz (Sitz Dresden) bringen in ausführlicher Weise den Inhalt der diesjährigen siebengliedrigen volkstümlichen Vortragsreihe, die vom April bis Juni im Gewerbehause zu Dresden abgehalten wurde. Der große Saal war jedesmal bis auf den letzten Platz gefüllt und Tausende von Zuhörern folgten den Vorträgen, die durch künstlerische Lichtbilder ergänzt wurden. Auf vielfach geäußerte Wünsche aus allen Teilen Sachsens, sollen diese Vorträge im Herbst d. J. in den Städten: Bautzen, Chemnitz, Döbeln, Freiberg, Pirna, Plauen wiederholt werden. Aufgabe jedes Gemeinderates, Schulvorstandes, jeder Behörde und jedes Vereins ist es, Mitglied des Landesverbandes Sächsischer Heimatschutz zu werden, und was die Hauptsache ist, praktischen Heimatschutz zu treiben. Aus den Mitteilungen seien besonders noch die Antworten auf die Frage: „Was kann die Schule zum Naturschutz beitragen?" erwähnt, die zum Teil von namhaften Schulmännern unseres Landes stammen.

Gegen die Verrohung der Jugend. Der Alte Tierschutzverein schreibt uns: In der Gegenwart werden häufig Klagen laut über die Verrohung unserer Jugend. Viele Kinder sind mehr als sonst sich selbst überlassen. An alle Erwachsenen ergeht daher die herzliche Bitte, teilzunehmen an der Erziehung unserer Jugend. Niemand dulde irgendwelche Tierquälerei durch Kinder. Er sehe nicht gleichgültig zu, wenn wilde Jungen Jagd machen auf Katzen und Hunde, Vögel, Schmetterlinge usw. Jugendliche Tierquäler werden häufig Verbrecher. Grausamkeit gegen die Tiere verhärtet auch das Herz gegen die Mitmenschen. Die Jugend muß dahin gebracht werden, daß sie mit Abscheu vor jeder Tierquälerei zurückschreckt. Achtung vor Natur und Kreatur muß unsere Jugend haben.

Das lebende Aquarium. Auf der Vogelwiese produziert sich ein Mann, der alle möglichen Gegenstände verschlucken und in kürzester Zeit wieder hervorbringen kann. Er verschluckt lebende Frösche und Molche, eine Uhr samt langer Kette, Eier, ganze Kartoffeln. Er soll zwei Magen und einen Wolfsrachen haben, alle eine medizinische Abnormität sein. Aehnliches ist ja hier schon im [illegible] gezeigt worden. Am Freitag abend will Mattan 100 Glas [illegible] in 2 Minuten trinken. Wohl bekomm's ihm!

Im Zirkus Barrasani gibt es, bevor er am Sonntag seinen Abschied von Dresden hält, am Freitag noch eine besondere Sensation, eine raffinierte Affichung des Kaubrecher-Matadors Mussini-Egena. Zwei Dresdner Fachleute haben sich eine Affichung zurechtgelegt, die den bisher unbesiegten Künstler endgültig erledigen soll.

Jugendliteratur. Auf der der Vogelwiese angegliederten Spielwiese hat der Verlag Oscar Laube in einem eigenen Stande seine heimatkundlichen Werke sowie andre für die Jugend bestimmte Bücher und Beschäftigungsspiele ausgestellt und kann ein Besuch der Stände bestens empfohlen werden.

Volkshochschule. 4. Wanderung Becker-Süß: Rund um Dresden, rechts der Elbe. Sonntag den 10. Juli. Abfahrt 5 Uhr 42 Minuten vom Hauptbahnhof, 5 Uhr 46 Minuten ab Neustadt über Arnsdorf nach Bulenitz. Rückfahrt 8 Uhr 2 Minuten ab Königsbrück. — Die Teilnehmer an den Kirchenführungen von Fräulein A. R. Kühne besichtigen Sonnabend den 9. Juli die Kirche zu Seußnitz-Neustra. Treffpunkt: Nachmittags 5 Uhr an der Kirche.

Die Bankräuber. Wie uns mitgeteilt wird, sind die beiden verhafteten Leute, die neulich den Millionenraub geplant hatten, ein gewisser Jambor aus Potschappel und ferner ein gewisser Heinrich aus Niederpesterwitz. Der letztere ist ein Bruder des Räubers Heinrich, der den schweren Raub im Radeberger Konsumverein begangen hatte, und der am 27. Juni vom Dresdner Schwurgericht bereits aburteilt worden ist.

Der Deutsche Rechtsbund veranstaltet Mittwoch den 13. Juli, abends 7½ Uhr, im Elbordo, Steinstraße, eine öffentliche Protestversammlung gegen Mißstände im Rechts- und Steuerwesen.

Einheitsverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener. Ortsgruppe Dresden. Bezirksversammlungen. Donnerstag den 7. Juli, abends 7½ Uhr: 3. Bezirk im Schlußerhof, Schandauer Straße; 4. Bezirk im Leubener Gasthof, Leuben, Marktplatz; 10. Bezirk im Deutschen Kaiser, Leipziger Straße.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen. Ortsgruppe Bannewitz-Welschhufe und Umg. Donnerstag den 7. Juli, abends 8 Uhr, Versammlung im Gasthof Rippien.

Die Arbeiter-Samariterkolonne Dresden veranstaltet Freitag den 8. Juli, abends 7 Uhr, im großen Saale des Odeums (Carusstraße) einen Vortrag über die Bedeutung der Massage und Krankengymnastik. Referent: Generalarzt Professor Dr. Smit. Alle Samariter sind eingeladen und Gäste willkommen; Eintritt frei.

Aus dem Parteileben

4. Unterbezirk. Sonntag den 17. Juli findet das diesjährige Sommerfest des 4. Unterbezirks im Priesnitzbad statt. Die Parteigenossen werden nur hierdurch darauf hingewiesen und erwartet der Vorstand zahlreichen Besuch.

Kinderschutzkommission Gruppe Cotta. Donnerstag, nachmittags 2½ Uhr, Spaziergang. Treffen am Rathaus. Topf und 15 Pf. sind mitzubringen.

Gruppe Naußlitz-Wölfnitz. Sonnabend den 9. Juli, abends 7½ Uhr, findet in Reiches Restaurant die erste Zusammenkunft der Arbeitsgemeinschaft statt.

Kinderschutzkommission, Löbtau-Naußlitz-Plauen. Donnerstag Spaziergang. Treffen: 2 Uhr am Friedhof. Topf und 15 Pf. mitbringen.

Reparaturarbeiten für die Reichseisenbahn in Privatbetrieben

Vom Bezirk Sachsen des Deutschen Eisenbahnerverbandes wird uns geschrieben:

Das Defizit der Reichseisenbahn wird, von wenigen Ausnahmen abgesehen, dem Achtstundentag und der geringen Leistung der Eisenbahnarbeiter zur Last gelegt. Insbesondere werden dafür die Werkstättenarbeiter verantwortlich gemacht. Daß das sehr zu Unrecht geschieht, zeigen einige Beispiele, die beliebig vermehrt werden könnten:

In der Fabrik von Lampe & Co. in Brockwitz bei Coswig werden Lokomotivkessel repariert. Der Kessel der Lokomotive 505 K ist am 4. Januar 1921 dorthin gegangen, am 2. Mai 1921 in die Werkstatt Dresden-Friedrichstadt zurückgekommen. Die Firma setzte der Eisenbahnverwaltung für die ausgeführten Arbeiten 1570 Stunden an und berechnete dafür 27 866 Mark. Das Material dazu wurde von der Werkstatt Dresden-Friedrichstadt als Halbfabrikat in bearbeitetem Zustande geliefert. Ein Werkführer der Werkstatt Dresden-Friedrichstadt mußte sogar die Anreißarbeiten ausführen, auf Kosten der Eisenbahnverwaltung. Die Werkzeuge wurden ebenfalls von der Eisenbahnverwaltung geliefert. Genau dieselbe Arbeit wurde aber an einem andern Kessel in der Werkstatt Dresden-Friedrichstadt ausgeführt. Von den Kesselschmieden und sonstigen Arbeitern wurden daran 500 Stunden gearbeitet und von den Vorgesetzten bestätigt. Das Werkstättenamt schätzte die Reparatur, um ganz sicher zu gehen, auf 700 Stunden, berechnete mit dem üblichen Unternehmeraufschlag die Arbeit mit 13 000 Mark. Selbstverständlich wurde tadellose Arbeit mit Recht verlangt und auch geliefert. Bei der Firma Lampe & Co. wurde die Arbeit derartig unzureichend ausgeführt, daß bei der Druckprobe in der Werkstatt Dresden-Friedrichstadt ein Kesselschmied 3 Tage Nieten und Löcher nachzustemmen hatte, denn es regnete in der Feuerbuchse buchstäblich, so lief das Wasser heraus. Die Kosten für die Nacharbeit trägt natürlich ebenfalls die Eisenbahnverwaltung.

Die Firma Lamprecht in Wurzen setzte der Eisenbahnverwaltung für eine Kesselreparatur 4131 Kesselschmiedestunden ein. In der Werkstatt Dresden-Friedrichstadt wurde dieselbe Arbeit an einem andern Kessel derselben Gattung in 800 Stunden fertiggestellt.

Die Firma Busch in Bautzen hat am 26. Mai und folgende Tage zehn C-Wagen (neu) geliefert. Nach der Vorschrift werden neugelieferte Wagen in der Werkstatt Dresden-Friedrichstadt nachgeprüft. Dabei wurde festgestellt, daß die Langträger (U-Eisen) in den Schenkeln einwinkelten. Um die Achsgabeln und Federböcke lotrecht anbringen zu können, wurden die betreffenden Stellen durchgerichtet, dadurch erhielten die Träger ein wellenförmiges Aussehen und zogen sich krumm. In diesem Zustande sind die Wagen von dem staatlichen Abnahmebeamten übernommen worden. Die Wagen bilden für die Betriebssicherheit eine ständige Gefahr! Auf Vorstellung der Betriebsräte hat die Verwaltung erklärt, daß die Firma Busch Schadenersatz zu zahlen hat. Ob es geschehen ist, ist nicht bekannt geworden. Durch die Nachprüfung wurden aber der Werkstatt 10 Gleise entzogen, die für Reparaturen ganz notwendig gebraucht wurden und den Ausbesserungsstand ungünstig beeinflußten.

Wagen, welche in der Werkstatt Dresden-Friedrichstadt neu lackiert werden sollten, sind der Firma Busch überwiesen worden zu einer Zeit, wo es in Dresden Hunderte von Arbeitslosen gab, von denen ein Teil eingestellt werden konnte.

•

Die Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes und vor allem die Betriebsräte werden auch weiterhin Material sammeln, um die Oeffentlichkeit über die wahren Ursachen der Defizitwirtschaft der Reichseisenbahn aufzuklären. Ganz entschieden wenden wir uns auch gegen die Treibereien in der Presse wegen der an die Eisenbahner gewährten Arbeitszeit. Diese sind ein Teil der Entlohnung und stellen genau dasselbe dar, wie es in fast allen andern Betrieben oder Unternehmungen bestehende allbergebrachten Vorrechte der dort Arbeitenden. Wo solche Vereinbarungen nicht bestehen, ist die Bezahlung entsprechend höher. Das kann jeder vernünftige Mensch selbst nachprüfen. Daß man aber dem Eisenbahner eine solche entsprechend höhere Bezahlung gewährt, werden wohl die Kritiker, die sich doch früher nicht um den Eisenbahner kümmerten, nicht nachweisen können. Die Entlohnung bedarf vielmehr einer Aufbesserung. Auf die wahren Ursachen des Defizits haben wir eingangs hingewiesen; dort muß Abhilfe geschaffen werden. Das wird im Interesse der Reichseisenbahnen und damit in dem der Allgemeinheit liegen.

Die Einkommensteuer vom Arbeitslohn

Von Wilhelm Keil.

Der Reichstag hat in seiner Sitzung vom 2. Juli den Gesetzentwurf über die Einkommensteuer vom Arbeitslohne einstimmig angenommen. Selbst der Kommunist Kurt Geyer hat bei der dritten Lesung anerkannt, daß dieses Gesetz wesentliche Verbesserungen des Steuerabzugs bringt. Zum erheblichen Teil sind diese Verbesserungen der Arbeit des Steuerausschusses des Reichstages zu danken, in dem die Vertreter aller drei Arbeiterparteien in sämtlichen Fragen einig gingen und meist auch die Zustimmung aller bürgerlichen Parteien zu unsern Anträgen erreicht wurde.

Die erste Verbesserung stellt die Einbeziehung der Empfänger von Renten aus der reichsgesetzlichen Angestellten-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung dar. Nach der Vorlage sollten zwar die Ruhegehälter der Beamten und die Witwen- und Waisenpensionen unter die sogenannte Lohnsteuer fallen, nicht aber die vorbenannten Rentenbezüge. Die Folge wäre nicht etwa die Freilassung dieser Bezüge gewesen, sondern, wie die Regierung erklärte, ihre Veranlagung zur Einkommensteuer auf Grund der Angaben der auszahlenden Kassen. Den Rentenempfängern wäre hierbei die Ermäßigung um den Betrag der Werbungskosten (1800 Mark) verloren gegangen. Nach ihrer Einbeziehung in die Lohnsteuer steht den Rentenempfängern diese Ermäßigung neben den 1200 Mark, die bei jedem Steuerpflichtigen frei bleiben, zu. Das bedeutet, daß der alleinstehende Rentenempfänger mit 3000 Mark steuerfrei bleibt. Der verheiratete Rentenempfänger genießt Steuerfreiheit für weitere 1200 Mark zugunsten seiner Frau. Hat er Kinder, so kommen für jedes derselben weitere 1800 Mark hinzu, sofern die Kinder nicht über 17 Jahre alt sind und eigenes Arbeitseinkommen haben. Bei einem verheirateten Rentenempfänger mit zwei zu berücksichtigenden Kindern tritt also der Steuerabzug erst ein, wenn der Rentenbezug 7800 Mark übersteigt und nur für den überschießenden Teil.

Hier sei gleich bemerkt, daß diese Freistellungen natürlich für alle der Lohnsteuer unterliegenden Steuerpflichtigen gelten.

Eine Verbesserung des zur Zeit geltenden Gesetzes, die der Entwurf schon brachte, besteht darin, daß der Ehemann die Steuerermäßigung für die Ehefrau in jedem Falle genießt, auch wenn die Ehefrau eigenes Arbeitseinkommen hat und bei dessen Besteuerung die Ermäßigung nochmals eintritt.

Ueber den Entwurf hinaus, der nur für Kinder unter 14 Jahren mit eigenem Arbeitseinkommen dem Vater die Ermäßigungen zugestehen wollte, wurde beschlossen, diese Altersgrenze auf 17 Jahre heraufzusetzen. Für Kinder, die kein eigenes Arbeitseinkommen haben, wird dem Vater bis zur Volljährigkeit (21 Jahre) die Ermäßigung zugestanden.

Von erheblicher Bedeutung ist ferner die Streichung der in der Vorlage gemachten Unterscheidung zwischen ständigen und unständigen Arbeitern. Um bei den unständigen Arbeitern, die nur wenige Stunden bei einem Arbeitgeber beschäftigt sind, dieselben Abzüge machen zu können wie bei ständigen, wurden die Beträge, um die sich der 10prozentige Steuerabzug ermäßigt, in Quoten für je 2 Arbeitsstunden aufgeteilt.

Die Vorlage wollte den Lohnsteuerpflichtigen, denen bekanntlich steuerfreie Werbungskosten im Betrag von 1800 Mark eingeräumt sind, erst dann einen größeren Betrag für Werbungskosten zugestehen, wenn sie nachweisen, daß sie einen Werbungskostenaufwand von mehr als 2700 Mark haben. Und zwar sollte in diesem Falle das Recht der nachträglichen persönlichen Veranlagung am Jahresschluß mit Rückerstattung des zuviel abgezogenen Betrages gelten. Die Spannung zwischen 1800 Mark und 2700 Mark sollte unberücksichtigt bleiben. Auf unsern Antrag wurde bestimmt, daß der Steuerpflichtige schon einen Anspruch auf weitere Ermäßigung des Steuerabzuges hat, wenn er nachweist, daß er einen Werbungskostenaufwand hat, der den Betrag von 1800 Mark um mehr als 150 Mark übersteigt.

Sehr ins Gewicht fällt auch die auf unser Drängen in die Vorlage eingefügte Bestimmung, daß Dienstaufwandsentschädigungen beim Steuerabzug außer Ansatz bleiben. Die Regierung wollte die Dienstaufwandsentschädigungen mit den Werbungskosten als gedeckt ansehen. Daß das nicht möglich war, zeigt schon die Tatsache, daß die Aufwandsentschädigung, die einem auswärts beschäftigten Monteur oder einem Provisionsreisenden für wenige Wochen zu gewähren ist, über den ganzen Betrag der Werbungskosten hinausgeht.

Für mittellose Angehörige, die der Lohnsteuerpflichtige unterhält, kann er Ermäßigung in derselben Höhe beanspruchen, wie für Kinder. Die Vorlage wollte diese Ermäßigungen nur in der für die Ehefrau vorgesehenen Höhe gewähren und außerdem sie davon abhängig machen, daß die mittellosen Angehörigen mit dem Steuerpflichtigen in einer Haushaltung leben. Diese Vorbedingung wurde gestrichen.

Ein Einkommen aus andern Quellen als aus Arbeit muß der Lohnsteuerpflichtige erst dann verlangen, wenn es mehr als 600 Mark beträgt (Vorlage 300 Mark).

Das Recht auf Veranlagung steht dem Lohnsteuerpflichtigen zu, wenn er Ermäßigung in Rücksicht auf besonders ungünstige Verhältnisse (Krankheit, Unfall, hohe Erziehungskosten für die Kinder usw.) beanspruchen kann, wenn er Werbungskosten von mehr als 2700 Mark hat und wenn die Ermäßigungen, die ihm gesetzlich zugesichert sind, beim Steuerabzug nicht voll berücksichtigt sind.

Erwerbslose, bei denen diese Ermäßigungen nicht voll in Anrechnung gebracht werden, haben Anspruch auf alsbaldige Erstattung des Unterschieds zwischen dem angerechneten und dem nicht angerechneten Ermäßigungsbetrag.

Nach der Vorlage, die davon ausgeht, daß jeweils am 1. Okt. eine Personenstandsaufnahme erfolgt, sollte die Zahl der Familienangehörigen für den Steuerabzug im ganzen folgenden Kalenderjahr unverändert maßgebend sein, eine Zunahme der Familienangehörigen sollte in Rücksicht auf die Behörden und den Arbeitgeber, deren Geschäfte möglichst vereinfacht werden sollen, erst im übernächsten Kalenderjahr berücksichtigt werden. Durch einen einstimmig angenommenen Antrag unserer Fraktion wurde wenigstens erreicht, daß ein Zuwachs von mindestens zwei Personen vom nächsten 1. April ab zu berücksichtigen ist.

Die neu beschlossenen Ermäßigungen des Steuerabzuges, vor allem die für die Werbungskosten, treten am 1. August d. J. in Kraft. Sind nicht Ermäßigungen in dieser vollen Höhe schon vom 1. April ab berücksichtigt worden, so werden in der Zeit vom 1. August bis zum 31. Oktober 1921 entsprechend größere Ermäßigungen gewährt. In diesem Falle betragen die Ermäßigungen für die Werbungskosten in der Zeit vom 1. August bis 31. Oktober, wenn der Arbeitslohn gewährt wird: Nach Stunden 40 Pfg. für je 2 Stunden, nach Tagen 1 M. täglich, nach Wochen 5,40 M. wöchentlich, nach Monaten 35 M. monatlich.

Die Einkommensteuer gilt für Lohn- und Gehaltseinkommen bis zu 24 000 M. vom 1. April d. J. ab im vollen Umfang als getilgt, wenn der Steuerabzug nach diesen Vorschriften bewirkt ist.

Es kann nicht bestritten werden, daß der Steuerabzug vom Lohn und Gehalt nunmehr eine viel erträglichere Gestaltung erfahren hat, als er sie im Anfang aufwies. Sache der Gewerkschaften und der Betriebsräte wird es sein, dafür zu sorgen, daß die Vorteile, die das neue Gesetz bietet, allen Arbeitern zugute kommen.

Ein sächsischer Schieberprozeß

Freiberg, 5. Juli.

Der Tag der Sachverständigen — Landespreisamt gegen Handelskammer — Wer schützt den Verbraucher?

Zu Beginn wendet sich der Buchsachverständige Otto gegen eine Bemerkung aus dem Zuhörerraum, die abfällig über ihn urteilte, und von der er Kenntnis erhalten hatte. Angesichts der mühevollen und rein sachlichen Arbeit sind wir diesmal in der Berichterstattung ausnahmsweise sogar mit der Verteidigung einig, Herrn Otto gegen solche Vorwürfe zu schützen.

Zur Frage der Notmarktlage: Direktor Hensel vom Landespreisamt sieht in der fraglichen Zeit von 1919/20 eine Notmarktlage, weil der Verkäufer dem Käufer gegenüber bei den starken Nachfragen im Vorteil war. Besonders durch die Rottandkäufe, die den Kommunalverbänden aufgetragen wurden, stiegen die Preise. — Direktor Fraas von der Landwirtschaftlichen Zentralgesellschaft in Dresden: Es seien immer genug Hafer und Hülsenfrüchte dagewesen. Im Verhältnis zur Valuta und andern wirtschaftlichen Bedingungen mußte der Hafer freilich steigen. Aehnlich äußert sich Herr Gustavus, Getreidekaffeefabrikant aus Altenburg: Für das Steigen der Haferpreise führt er noch die hohen Preise der andern meist minderwertigen Futtermittel und die unbegründeten Angstkäufe an. Im übrigen vertritt der Herr den Standpunkt des alten „ehrenwerten Handels", der den sozialen Verhältnissen freilich nicht Rechnung trägt. — Baumeister Roack zum Holz: In Brennholz Unsicherheit und Knappheit, im Nutzholz, mit Ausnahme für Papierindustrie und Bergbau, geregelte Verhältnisse.

Syndikus Dr. Karsten von der Handelskammer kritisiert den vom Reichsgericht geschaffenen Begriff der Notmarktlage. So klar seine wirtschaftlichen Begründungen scheinen, muß der Durchschnittsverbraucher sie unbedingt bekämpfen. — Wurde doch bei der Frage gar nicht in Betracht gezogen, ob es nicht zur Notmarktlage gehöre, wenn ein großer Teil der Verbraucher sich notwendige Lebensartikel nicht oder nur mit größter Not kaufen kann.

Der Staatsanwalt legt den Sachverständigen eine Reihe von Berichten der Preisstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates vor, wonach die Nachfrage der Kommunalverbände und der Nährmittelfabriken in der fraglichen Zeit nicht ganz befriedigt werden konnte. Den Sachverständigen aber scheinen die Berichte auf Sachsen nicht anwendbar und nicht maßgebend. Denn folgen lange Auseinandersetzungen über Wirtschaftsfragen im allgemeinen.

Zu den Preisspannen, das heißt zu den Fragen des Wuchers im besonderen: Das Landespreisamt gestand den Händlern 15 Prozent, in einzelnen Fällen (Bohnenmehl, Hülsenfrüchte, Holz) bis zu 20 Prozent zu. Wenn Notmarkt nicht anerkannt würde, könne der Marktpreis gelten. Noch erkennt dies das Landespreisamt nicht an. Die folgenden Auseinandersetzungen zwischen den Herren Hensel und Dr. Karsten sind eigentlich die zwischen dem Landespreisamt und der Handelskammer, um die Frage: „Darf dem Verbraucher der Marktpreis abverlangt werden?" — Direktor Fraas: Da Notlage nicht bestand, konnte der Händler verlangen, was er will. (Verlustrechnung usw.) Gustavus: Bestand Zwangslage, dann sind 15 Prozent noch reichlich, da der Händler vielfach weniger verdient. Seine weiteren Sätze legen nur dar, wie gefährlich die Unsicherheit für Wirtschaft und Verbraucher ist. Karsten: Was das Landespreisamt verlange, sei unkaufmännisch.

Roack: Bei Nutzholz Tagespreis, bei Brennholz 20 Prozent Aufschlag auf den Einstandspreis.

Als die Summen der einzelnen Warenumsätze vorgerechnet werden, ergeben sich natürlich auch starke Verlustposten, die durch die Gewinne natürlich reichlich gedeckt sind. Da regt sich Wärmer auf, daß man ihm aus Hunderten von einwandfreien Geschäften ein paar Dutzend solcher mit Verstößen zum Vorwurfe mache, wo er doch im Durchschnitt mit 1,7 Prozent Bruttomargen (von Otto errechnet) ehrlich gehandelt und das Volk keineswegs bewuchert habe. (Also, wer schützt den Verbraucher? Anm. d. Red.)

Zum Kettenhandel: Die Fälle müssen einzeln beurteilt werden. Wenn jemand wie Wärmer Hafer aufkauft und aus dem Niederschlesischen nach außerhalb an Großhändler liefert, so kann man ihm deswegen gesetzlich nichts anhaben. Obwohl er versteuert hat. Die Herren Fraas und besonders Gustavus erklären zwar von einigen Geschäften, sie würden sie in der Art nicht gemacht haben, aber Herr Gustavus besonders erkennt den Begriff des Kettenhandels scheinbar überhaupt nicht an. Ein Kettenhandel betrachtet es freilich Hensel, wenn W. auf Bauern um Hafer-Bohnenmehlgemenge bezog und wissentlich — was ja Wärmer abstreitet — an einen Großhändler weitergab. Es war dies ein Börsengeschäft, bei dem Wärmer sich rühmt, er hätte doch die Ware dem Verbraucher näher gebracht. Fraas und Gustavus werfen hier dem Wärmer nichts vor. Unbedenklich halten die Sachverständigen die im gestrigen Verhandlungstag genannten Bohnenmehlgeschäfte, wo Wärmer die Waren weitergab, die er selber nicht einlagern konnte, sofern er, betont Hensel, sie an einen Händler gab, der sie dem Verbraucher zuführte. Mit dem Verkauf an Zertsch steht es wie mit dem Gemengegeschäft. Karsten betont hier hartnäckig und ausdrücklich den Standpunkt des freieren Handels. — Roack findet das in gleicher Weise gemachte Holzgeschäft nicht in Ordnung, während Syndikus Karsten meint, die Hauptsache wäre, daß der Marktpreis nicht überschritten sei. (Das Reichsgericht denkt freilich anders!)

In der Beziehung betrachtet das Landespreisamt den Bohnenmehlrückkauf von Hunger auch als drastisches Beispiel von Kettenhandel. Hier weist Gustavus darauf hin, daß Kommunalverbände ähnliche Geschäfte gemacht hätten. Die Bohnenmehlwege: Kohn in Leipzig—Wärmer—Bollin in Dresden und Goldschmidt in Leipzig—Wärmer—Hans Lange in Dresden nennt Hensel Ketten, die andern Herren nicht.

Worum es geht, das verraten Sätze einzelner Handelsverbände gegen das „System der gegenwärtigen Gesetzgebung", überhaupt gegen das Reichsgericht.

Dieser Tag hat deutlich bewiesen, daß der Handel hier in seiner ganzen Macht gegen eine soziale Geschäftsgebarung steht.

Fortsetzung am Donnerstag morgen.

Briefkasten

An viele. Bei Berichten, Versammlungsanzeigen ist niemals „heute", „morgen" oder ähnlich zu schreiben, sondern stets der Tag genau anzugeben.

A. M., Löbtenbrode. (2 M.) Nach dem § 1410 der RVO haben die Ausgabestellen die Aufrechnungsbescheinigung auszustellen. Sie müssen sich daher an Ihre zuständige Krankenkasse wenden. Ist diese nicht mehr dazu in der Lage ist, wenden Sie sich unter genauer Angabe des Geburtstages und Namens an die Landesversicherungsanstalt Dresden, Türerstraße Nr. 26.

Wasserstände der Moldau, Iser, Eger und Elbe

	Meßort	4.	5.		Meßort	4.	5.
Moldau	Budweis	— 16	— 16		Brandeis	— 35	— 32
Moldau	Mohran	— 65	— 65		Melnik	+ 38	+ 26
Iser	Jungbunzlau	— 15	— 12		Leitmeritz	+ 40	+ 36
Eger	Laun	— 27	— 21		Aussig	— 44	— 26
Elbe	Pardubitz	— 81	— 81		Dresden	— 191	— 176

Wärme der Elbe in Dresden: 18½ Grad Celsius.

Verantw. für den redakt. Teil Franz Holzapfel, Dresden-A.; für den Inseratenteil Max Seifert, Dresden-Gruna. Druck und Verlag: Naben u. Romb., Dresden.

Gelesene Nummern der Volkszeitung bitten wir nicht wegzuwerfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210706/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Der Entwurf der Schlichtungsordnung

Eine sächsische Konferenz der Gewerkschaftsvorstände und Schlichtungsausschußbeisitzer tagte gestern im Gewerkschaftshaus zu Dresden auf Einladung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsausschuß Dresden. Im Mittelpunkt der Beratungen stand ein Referat des Genossen Paul Umbreit, Berlin, vom Hauptvorstand des A.D.G.B. über den Entwurf der Schlichtungsordnung.

Der Redner, der an dem Entwurf selbst mitgearbeitet hat und infolgedessen die Materie außerordentlich beherrscht, übte eine vernichtende Kritik an dem ersten Entwurf Schlicker, der vollständig zugunsten der Unternehmer abgeändert war. Er stellte den Versuch der Regierung, das Schlichtungswesen zwangsmäßig durchzuführen und das Streikrecht der Arbeiter möglichst einzuschränken. Bei Vorlegung des Entwurfs ist er infolgedessen auch sofort von den Vertretern der Arbeiterschaft als unannehmbar bezeichnet worden; seine Zurückziehung wurde erzwungen und die Einsetzung einer paritätisch zusammengesetzten Kommission zum Zwecke der Ausarbeitung eines neuen Entwurfs durchgesetzt. Im neuen Entwurf, der einer Einigung in den zuständigen Kreisen fürchten ließ, wurde das bureaukratische Schlichtungswesen etwas und ein beisitzendes und dafür rein rechtliche Schlichtungsbehördeneinrichtung an die Spitze gestellt. Das bedürftige Schlichtungswesen soll nur ergänzend hinzutreten.

Der Entwurf ist auf drei Grundlagen aufgebaut, nämlich auf der Grundlage des tarifpartnerischen Schlichtungsverfahrens gegenüber den öffentlichen Schlichtungseinrichtungen; weiter auf dem Grundsatze, daß jedem Kampfe ein Einigungsverfahren und notwendigenfalls ein Schiedsspruch vorzuschalten sei, und endlich, daß dieser in gewissen Fällen, wo allgemeine Interessen der Volkswirtschaft es erfordern, als verbindlich erklärt werden kann.

Sehr ausführlich beschäftigte sich der Referent mit dem wichtigen § 55 des Entwurfs, wonach Aussperrungen und Arbeitsniederlegungen nicht stattfinden dürfen, bevor die Schlichtungsstelle angerufen ist und einen Schiedsspruch gefällt hat. Diese Einschränkung des Koalitionsrechts habe nur Sinn, daß die öffentlichen Interessen, die bei gewerkschaftlichen Kämpfen zu berühren seien, mit wohlwollenden Sympathien in der Bevölkerung zu rechnen. In den Gewerkschaften sei das ihnen immer geleistete Recht gewesen, von allen Einigungsmöglichkeiten Gebrauch zu machen, ehe zum Aeußersten geschritten werde, und wenn deshalb die Schlichtungsordnung besage, daß ein Streik ohne vorangegangenen Einigungsversuch nicht erfolgen darf, so sei das nicht etwas, wogegen sich die Gewerkschaften grundsätzlich zu wenden hätten, erst recht nicht, wenn es sich um gemeinnützige Betriebe handelt. Die Gewerkschaften hätten auch schon bisher den Grundsatz anerkannt, daß für gewisse Organisationen in Bezug auf die Ausübung des Koalitionsrechts, insoweit durch einen Streik allgemeine weitergehende Interessen berührt werden, auch der Einfluß der Allgemeinheit mitbestimmend in die Wagschale zu werfen ist. Auch dagegen lasse sich grundsätzlich nichts einwenden. Nicht müsse man bedenklich sein, darauf zu achten, daß diese Bestimmung nicht zum Schaden der Gewerkschaften ausschlägt. In der siebentägigen Schutzfrist für gemeinnützige Betriebe, die zwischen dem Schiedsspruch und dem Beginn der Kampfhandlung liegen sollte, wäre eine Bestimmung zu erblicken gewesen, die geeignet sein könnte, den Gewerkschaften die beste Möglichkeit, ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, zu entwinden. Im Reichswirtschaftsrat sei es nun gelungen, die Liste der gemeinnützigen Betriebe, die nichts weiter als eine Kautschukbestimmung war, zu beseitigen und die Schutzfrist von sieben auf drei Tage zu verkürzen.

Der Entwurf lasse aber auch zu, Schiedssprüche gegen den Willen einer Partei als rechtsverbindlich zu erklären. Voraussetzung für die Verbindlichkeitserklärung sei, daß die Regelung bei gerechter Abwägung der Interessen beider Parteien der Billigkeit entspricht und zum Schutze des allgemeinen Wirtschaftslebens nötig ist. Ein Schiedsspruch bedeute einen weitgehenden Eingriff in das Koalitionsrecht. Trotzdem sei bisher in Arbeiterkreisen für Schiedssprüche eine wettbewerbende Sympathie vorhanden, weil oft der schwächere Teil davon profitiere. Es seien aber Fälle zu verzeichnen, wo durch die Sabotage der Unternehmer die Schiedssprüche auf dem Papier stehen geblieben sind. Jedenfalls sei die Verbindlichkeitserklärung ein sehr zweischneidiges Schwert, das den Arbeitern einmal nützen, aber auch sehr gefährlich werden könne. Deshalb empfehle es sich, bei Gestaltung der gesetzlichen Bestimmungen vorsichtig zu sein, und den Gewerkschaften ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht zu sichern.

Der Redner schloß: Das Hauptgewicht ist auf den besseren Ausbau der Tarifverträge zu legen, so daß auch ohne Verbindlichkeitserklärung in der Regel und über Aufgebote durchzuführen, aber eine Behörde unnötig ist. Es ist uns gelungen, dem Gedanken des zweitägigen Schlichtungsverfahrens zum Siege zu verhelfen, deshalb haben wir in Kauf nehmen müssen eine Verschlechterung gewisser Bestimmungen, Schärfungen und gewisse einschränkende Bestimmungen in Bezug auf die Durchführung des Schlichtungsverfahrens. Wenn nach alle Mängel erfüllt sind, so wird doch das Schlichtungsgesetz auf gewerkschaftlichen Grundlagen gestellt, und es liegt nun an den Arbeitern und Angestellten, in der Praxis die Schlichtungsordnung so durchzuführen, daß die Gewerkschaften nicht benachteiligt werden. Die Gewerkschaften müssen dem Schlichtungswesen ihren Stempel aufdrücken.

In der anschließenden mehrstündigen Debatte bekämpfte Genosse Schenker, Dresden die Einrichtung von Sonderkammern. Genosse Panitzsch, Dresden bedauerte, daß in dem Entwurf der Schlichtungsordnung Arbeiter und Angestellte die Rede ist und nicht von den Kreisen von Arbeitern und Angestellten die Rede ist und nicht von den Arbeitsbeamten.

Schenker, Chemnitz, erklärte, die Chemnitzer Kreise seien grundsätzlich der Auffassung, daß die Frage des Schlichtungswesens nur zu lösen ist mit der Schaffung von Arbeitsgerichten. Der Dualismus in der Rechtspflege des Arbeitsrechts (Schlichtungsausschüsse und Gewerbe- und Kaufmannsgerichte) wurde durch die Schlichtungsordnung erzwungen. Der Einfluß der Verwaltung auf das Schlichtungswesen sei zu stark. Ein weitgehender Mangel des Schlichtungsgesetzes sei es auch, daß das Reichsarbeitsministerium in fördernde Entwurfs sei es auch, daß das Reichsarbeitsministerium in fördernde Verfahren eingreifen kann. Liebelt, Dresden, vermochte es nicht zu verstehen, daß sich die Arbeitervertreter im Reichswirtschaftsrat überhaupt mit der Tatsache einverstanden erklärt haben, auch wurden durch die Nichtdurchführbarkeit der Schiedssprüche nur die Interessen der Arbeitgeber geschädigt.

Genosse Schmidt vom Metallarbeiterverband stellte fest, daß es in ganz Dresden nicht einen Betrieb gibt, der in Arbeitertragen ganz firm ist, wogegen die Unternehmerverbände, die es jetzt vorziehen, in allen Rechtsfragen Rechtsanwälte einzuschalten, ihre Studien haben, die täglich in Arbeitertragen zu tun haben, und dadurch allen Abkommen überlegen sind. Weiter stellt er es für unbedingt notwendig, daß Garantien für einen stärkeren Einfluß auf das Landesarbeitsamt geschaffen werden.

In seinem Schlußwort bemerkte der Referent, im Reichswirtschaftsrat habe die Auffassung geherrscht, daß die Schlichtungsordnung nicht über in Kraft treten sollte, als mit dem Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes. Ein Entwurf des letzteren solle, wie verlautet worden sei, bis zum Herbst fertiggestellt sein. Sollte dann aber eine Verzögerung eintreten, so glaubten die Arbeitervertreter nicht, ein weiteres Hinausschieben des Inkrafttretens der Schlichtungsordnung verantworten zu können. Der Referent hob dabei hervor, daß die Arbeitervertreter gezwungen gewesen seien, ein Kompromiß einzugehen, weil es infolge der Haltung der Christlichen und Hirsch-Dunckerschen nicht möglich gewesen sei, ein einheitliches Votum der Arbeitervertreter zustande zu bringen. Gegenüber Schenker bemerkte er, in Arbeiterkreisen sei die Meinung vertreten, daß eine Mehrheit bei Schiedssprüchen von Vorteil sein könnte. (Schenker: Aber nicht im Zusammenhange mit der Verbindlichkeitserklärung!) Dem Eintreten der Gewerkschaften sei es auch zu verdanken, daß die richterliche Qualifikation der Vorsitzenden beim Landes- und beim Reichsarbeitsamt nicht restlos verlangt werde. Im übrigen komme es nicht so auf die Fassung der einzelnen Bestimmungen als vielmehr darauf an, was die Gewerkschaften daraus zu machen verstehen.

Gegen eine Stimme wurde folgende, von Schenker, Chemnitz, eingebrachte Entschließung angenommen:

„Die Konferenz der Ortsausschüsse und der Schlichtungsausschußbeisitzer Sachsens erklärt, daß der Entwurf zur Schlichtungsordnung den Anforderungen, die die Gewerkschaften an ihn zu stellen berechtigt sind, nicht in vollem Umfange entspricht. Insbesondere müssen die die gewerkschaftliche Tätigkeit einschränkenden Bestimmungen des § 55 beseitigt werden, ferner das erschwerende Verfahren durch Revision und Verbindlichkeitserklärung gänzlich. Die Vorstände des A.D.G.B. und der Afa werden ersucht, auf eine Umgestaltung der Schlichtungsordnung zu wirken, die die Rechtspflege auf dem Gebiet des Arbeitsrechtes auf eine einheitliche Grundlage im Rahmen der zu schaffenden Arbeitsgerichte im Spruch- und Einigungsverfahren mit Kostenfreiheit, jedoch unter Ausschaltung der ordentlichen Gerichtsbarkeit, stellt.“

Gewerkschaftsbewegung

Die private Stellenvermittlung im Gastwirtsgewerbe

Der bekannte günstige Wind versetzt uns in die Lage, Einblick zu gewinnen in die Tätigkeit der gewerbemäßigen Vermittler in Dresden im Jahre 1920.

Berichte liegen vor von 34 Vermittlungsbetrieben mit einer Gesamtvermittlungszahl von 24 196, die sich auf 2856 männliche und 21 340 weibliche verteilen. 26 Bureaus ruhen zurzeit und von diesen sind inzwischen fünf als erloschen gemeldet worden. Die Summe der Aufwendungen für diese vermittelten Stellen betrug von seiten der Unternehmer an Gebühren: 41 350,95 M., an Auslagen: 553,25 M.; von seiten der Arbeitnehmer an Gebühren: 40 196,66 M., an Auslagen 1325 M.; das sind also insgesamt: 91 424,96 M.

Wenn 1916 im Durchschnitt die vermittelte Stelle 2,47 M. kostete, so beträgt sie 1920 schon 3,77 M., wohlgemerkt, berechnet nach den Zahlen der Vermittler. Was sonst noch für eine „gute“ Stelle bezahlt werden muß, wissen wir ja alle zur Genüge aus der Nachkriegszeit, und daran dürfte sich wohl noch nichts geändert haben — höchstens, daß die Höhe des „Trinkgeldes“, dem allgemeinen Zuge der Zeit folgend, sich gleichfalls erhöht haben wird! Das „Einkommen“ der einzelnen Vermittler beziffert sich in einem Falle auf einen Jahresverdienst von über 13 000 M. und geht dann sinkenweise zurück. Wenn man dann liest, daß die Vermittlung im Hauptberuf erfolgt, so muß man sich doch fragen: Wie können diese Leute mit den angegebenen Summen ihren Unterhalt fristen? Es wäre interessant zu wissen, wie die Verwaltungskosten aussehen werden, wenn zu gegebener Zeit eine Entschädigung für die Inhaber der Bureaus vom Reichstag bewilligt werden sollte anläßlich der Aufhebung der privaten Stellenvermittlung!

Bei den Vermittlungszahlen für das Gastwirtsgewerbe fällt besonders auf die hohe Zahl der vermittelten weiblichen Angestellten. Während nur 181 männliche Stellen vermittelt wurden, schnellt die Ziffer bei den weiblichen auf 14 810 hinauf. Das sind weit über die Hälfte aller überhaupt vermittelten weiblichen Personen. In weitem Abstande folgen Hauspersonal mit 5027, Landwirtschaft mit 1003 und Handel und Gewerbe mit 450.

Ganz besonders sind es die Kellnerinnen, die sich scheuen, den preußischen Nachweis aufzusuchen, angeblich, weil er keine passenden Stellen hat. Sie bewegen sich in falschen Gedankengängen, die außerdem noch Kosten verursachen, die freilich nicht als Einnahmen in den Büchern der Vermittler stehen! Dabei ist noch zu beachten, daß gerade durch diese Vermittlung in den meisten Fällen billiges Personal angeboten wird. Was nützt der ganze Kampf der Organisation für auskömmliche Löhne, wenn durch diese Institute die Erfolge illusorisch gemacht werden?

Diejenigen, die bei solchen Vermittlern Arbeit suchen, scheinen nicht zu wissen, daß sie Verrat an der Organisation üben, weil sie, unwissend oder ungewollt, die mühsam errungenen Tarife brechen und den tarifierenden Berufsangehörigen in den Rücken fallen! Es gilt auch hier die Parole: Organisiert euch und organisiert die andern! Nur durch festen Zusammenhalt können die Massen der Gastwirtsangestellten ein gewichtiges Wort in die Wagschale legen, wenn die gesetzgebenden Körperschaften über die Frage der Arbeitsvermittlung beraten. Der Kampfruf muß heißen: Fort mit den gewerbemäßigen Verkäufern der Arbeitskraft, den neuen Sklavenhaltern! Her mit der kostenlosen paritätischen Arbeitsvermittlung!

Trinkgeldunwesen und Publikum

Vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Kaffee-Angestellten wird uns geschrieben: Das Trinkgeldunwesen ist durch das Vorgehen der Gesellschaft für Soziale Reform zu einer das gesamte Publikum angehenden Frage geworden. Alle Stände und Berufe sind gleich stark daran interessiert. Als das Gesetz den Steuerabzug von 10 v. H. für alle Arbeitnehmer vorschrieb, ging ein Rauschen der Entrüstung durch ganz Deutschland. Wenn aber irgendein Gastwirt seinen Gästen eine Steuer von 10 v. H. in Form von Bedienungsgeld vorlegt, so wird das mit Achselzucken hingenommen. Würde man es sich gefallen lassen, wenn die Warenhausbesitzer, um die Löhne für die Angestellten zu sparen, an der Kasse zu den Verkaufspreisen einen Aufschlag von 10 v. H. für die Bedienung des laufenden Publikums erheben würden? Die Steuerlasten, die jedem Arbeiter und Angestellten heute auferlegt werden, sind, wie man immer wieder hört, für jeden einzelnen drückend. Aber trotzdem bezahlt das Publikum geduldig immer noch besondere Steuern in Form des Trinkgeldes in ziemlicher Höhe. Wer trägt nun eigentlich die Schuld an diesen Zuständen? Zum größten Teil das Publikum selbst. Wer Trinkgeld gibt, ist mindestens ebenso schuldig, wie derjenige, der Trinkgeld nimmt. Nur im Interesse des Publikums liegt es, den Kampf gegen das Trinkgeld zu führen. Eine Unsitte des Mittelalters wird auch durch die Tatsache jahrhundertelanger Ueberlieferung zu keiner sittlichen Einrichtung, und die Ungerechtigkeit des Vorenthaltens einer geregelten Entlohnung wird durch die Berufung auf die Alter noch lange keine Gerechtigkeit. Deshalb fort mit dem alten Zopf, fort mit dem Trinkgeld! Wenn die Trinkgeldgeber aussterben, werden gleichzeitig auch die Trinkgeldjäger mit verschwinden.

Hungerlöhne bei einer Angestelltenorganisation

Eine der wichtigsten Aufgaben jeder Gewerkschaft muß es sein, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für eine auskömmliche Entlohnung der Arbeitnehmer einzutreten. Man muß darüber hinausverlangen, daß diese Organisationen wenigstens ihren eigenen Angestellten einen auskömmlichen Arbeitslohn zahlen. Es befremdet daher außerordentlich, wenn man hört, daß selbst eine „Gewerkschaft“ ihren Angestellten Gehälter zahlt, die jeder Beschreibung spotten. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (Hirsch-Duncker) entlohnt einen verdienstvollen 32 Jahre alten Gewerkschaftssekretär mit 750 M. brutto im Monat. Dieser Beamte schreibt der Leitung seines Verbandes:

„Die Bezahlung an uns Außenbeamte ist bei den normalen Anforderungen ein Skandal. Nur solche Beamte dürfen noch, deren Ehefrauen noch arbeiten. Zwanzig ist es bestrafen, wenn entgegen der gesetzlichen Bestimmung sogar Frauen von Gewerkschaftsbeamten arbeiten müssen und somit der Kampf gegen die große Gewerkschaftsgefahr lahmgelegt wird. Und eine höhere Summe ist es gar, wenn in der Industrie die Ehefrau eines Gewerkschaftsbeamten besser bezahlt wird als dieser in seiner Gewerkschaft.“

Es ist nun nicht etwa dieser eine Angestellte, der sich über die unbedeutende Bezahlung bitter beklagt. In einem Brief des Geschäftsführers für Oberschlesien-Nord an den Geschäftsführer des GDA. in Frankfurt a. M. heißt es u. a.:

„Wenn die Gehälter der Gewerkschaftsleiter nicht bedeutend höher werden, können für solche Posten eigentlich nur Personen in Frage kommen, die einen hohen Zuschuß von Vater bekommen.

Ist es da zu verwundern, wenn sich Angestellte dieser Organisation gegenseitig vorwerfen, unlautere Nebeneinkünfte zu besitzen, Beamte, die es ebenso mit ihren Gewerkschaftsbeamten, denen die bezeichnete Gunstlöhne nicht arbeiten, [illegible] Kollegen, besonders aber [illegible] Mitglieder des Gewerkschaftsbundes der Angestellten [illegible] Leitung des Urteil zu sprechen.

Arbeitseinstellung im Konsumverein „Vorwärts“. Heute morgen legten sämtliche in der Bäckerei Reisenstraße des Konsumvereins „Vorwärts“ beschäftigten, der freien Gewerkschaft angehörenden Bäcker die Arbeit nieder und erklärten, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis der Verband ihnen erklärt habe, die Arbeitsbedingungen der Gewerkschaft seien angekommen. Jetzt hat der Verband ihnen angekündigt, daß sie am 8. Juli zu kündigen. Für die Mitglieder des Konsumvereins ist zu hoffen, daß der Vorstand sämtlich diese Erklärung ziehen wird, worauf nach eintägiger Arbeitsruhe die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Der Potsdamer Straßenbahnerstreik dauert immer noch fort. Jetzt hat nun der Magistrat beschlossen, falls die Streikenden Straßenbahner die Arbeit unter den ihnen am 27. Juni gestellten Bedingungen bis 8. Juli wieder aufnehmen, den Straßenbahnern nicht bis zum 1. April 1922 kündigen zu lassen. Da am 9. Juli die ersten Zahlungen beginnen und damit der Hauptverkehr einsetzen, der Betrieb mit diesem Tage wieder aufgenommen — oder ist gänzlich eingestellt werden.

Streik. Paris, 6. Juli. In Lille wurde der Generalstreik der Baumwollspinner erklärt.

Sport • Spiel • Körperpflege

Werbewasserspielen in Meißen.

Der Wettergott war uns diesmal nicht gnädig. Trotzdem hatte sich ein großer Teil Wassersportler von Dresden nach Meißen begeben, um dort den Grundstein zur freie Wassersportbewegung zu legen. Um 3 Uhr begann das Schwimmen quer durch Meißen an dem sich alle Schwimmer beteiligten, mit bunten Kappen geschmückt. Die Jugendlichen und Kinder waren am meisten vertreten. Anschließend fand ein Springen statt, das leider durch den nieder gehenden Wolkenbruch stark beeinträchtigt wurde. Das anschließende Wettrudern fand einen guten Anklang. Die Wasserrettungskolonne Meißen zeigte in freiwilliger Form die Wiederbelebungsversuche. Im Wasserballspiel gewann trotz starken Regens die Damen über Wasserkunst. Ein Wasserschnellschwimmen zeigte guten Sport. Den Schluß bildete der Kinderringen, der bewies, daß man schon in frühester Jugendzeit mit der Schwimmkunst vertraut machen muß. Der Bezirksleiter dankte den noch anwesenden Zuschauern für ihr Interesse und bat alle Anwesenden, sich der neuen Wassersportvereinigung anzuschließen. Möge die Zeit der Meißner Arbeiterschaft dem freien Wassersport zu den bekannten volkstümlichen Zielen den Weg geebnet haben.

Verein für volkstümlichen Wassersport. Geschäftsführender Ausschuß. Kraftschwimmen. [illegible] 8 Uhr Rathaus. Alle Turnerinnen und Vergnügungsmitglieder haben zu erscheinen.

Ordnerausschuß zum Kreisschwimmfest. Mittwoch den 6. Juli, 7½ Uhr, Sitzung im Restaurant Falkenecke.

Schwimmverein Tauben, Abt. des Vereins Volksgesundheit. Das Vogelschießen findet am 10. Juli statt. Die Uebungsstunde der Damen-Abteilung finden ab 5. Juli jeden Freitag wie bisher statt: Von 5—6 Uhr für Schulmädchen, von 6—8 Uhr für Damen.

Verein Volksgesundheit, Plauenscher Grund. Das am Sonntag infolge des schlechten Wetters abgebrochene Kinderfest findet am Sonntag, 10. Juli statt. Gültige Karten behalten ihre Gültigkeit. Die fröhliche Kinderschar stellt sich wieder um 2 Uhr am Sächsischen Hof zum Festzug.

Arbeiter-Turn- und Sportbund

4. Gruppe: Alle Damenturnwarte mit ihren Turnerinnenabteilungen Mittwoch, 6. Juli, 7½ Uhr im Gasthof zu Naußlitz treffen. Bezirksdamenturnwart Raden ist anwesend. Kunst in Mockritz. — Naußlitz. Kinderabteilungen Knaben und Mädchen Mittwoch, 6. Juli, nachmittags 5½ Uhr, Sammeln am Naußlitzer Rathaus. Abmarsch nach der Goldenen Straße, Striesen. Dresdner Theaterabend, Sonnabend, 30. Juli. Wanderabend für Gruppe nach Kippen. Abmarsch 7½ Uhr Turnplatz. 17. Juli gemeinschaftlicher Ausflug der Turner mit der Ortsgruppe der Arbeiter-Naußlitz. Abmarsch 1½ Uhr vom Naußlitzer Rathaus. — Striesen, 7. Juli, 7½ Uhr, Zusammenkunft der Funktionäre bei Gehler. Sonnabend, 9. Juli, 7½ Uhr, Versammlung im Gasthof. Sonnabend, 16. Juli, Wanderabend nach Kaitzdorf. Das Kinderfest mit Riegenturnen findet Donnerstag, 14. Juli, statt. Wir bitten die älteren Turner starke Gönner zu erscheinen.

Fußball. Sonnabend, 9. Juli, auf dem Alaunplatz: Pirnaer Stadt 1 — D. S. V. 1, 6½ Uhr. „Zwei vorzügliche Mannschaften werden erstklassigen Sport bieten. 5 Uhr Neustadt 2 — [illegible] — Gittersee, 8½ Uhr Versammlung der Kindner. [illegible] und Bücher mitbringen.

Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität. Mitgliedschaft Dresden. Ausfahrten: Altstadt: Sonnabend den 9. Juli Sonnabendabend per Rad nach der Heidemühle. Abfahrt abends 6 Uhr von der Frischauf-Schule, Königsbrücker Straße. Gäste willkommen. Radeberg: Sonnabend den 9. Juli Sonnabendabend nach der Röhrsdorfer Windmühle. Abfahrt 6 Uhr von der Gaststätte Radeberg. Neustadt: Sonntag den 10. Juli Große Schnitzeljagd. Abfahrt früh 4½ Uhr von der Goldenen Sonne, Radebeuler Straße. Striesen: Sonntag den 10. Juli Fahrpartie zum Waldpicknick in der Hillersdorfer Mühle. Abmarsch vormittags 9 Uhr am Schillerplatz mit Musik. — Jugend-Abteilung. Sonntag, 10. Juli Badetour nach den Tipperwitzer Teichen, bei falsch Wetter findet eine Radtour statt, dazu Treffen 6½ Uhr am Wilden Mann. Speisen und Getränke sind mitzubringen.

Mitgliedschaft Frisch auf, Deuben. Am 7. Juli, 7½ Uhr, halbjährliche Generalversammlung bei Gebauer. Tagesordnung: Bericht des Gesamtvorstandes. Kreuzwahl. Anschaffung [illegible] Saalräder. Bericht vom Gauing in Dresden.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Dresden. Am 8. Juli, 7½ Uhr im großen Saal des Ostbahnhofs, Lennéstr., Vortrag des Herrn Dr. Smitt: Die Bedeutung der Wellage und Krankengymnastik sind willkommen.

Arbeiter-Samariterkolonne Plauenscher Grund. Donnerstag, den 7. Juli, 7½ Uhr, bei Krüche, Uebung mit Verteilung der Jahresdienstplänen sowie die Besorgung von Verbandsmaterial.

Das **Liliputaner-Varieté** mit seinen winzigen, perfekten Wesen, von denen uns Gulliver auf seiner Reise nach märchenhaften Ländern so köstliche Dinge erzählt hat, ist auch wieder auf der Bildfläche eingetroffen. Wie zierlich und adrett nehmen sich die [illegible] Männlein aus, mit denen uns die kleinen Persönchen [illegible] halten. Da wird gesungen und gelungen, gesprungen und gelacht, einem Kerlchen aus einer Stube, daß dem Zuschauer vor Lachen Tränen über die Backen laufen.

Wir empfehlen unser reichhaltiges Lager
gerahmter und ungerahmter
Kunstblätter
als hübschen Zimmerschmuck
Volksbuchhandlung, Wettinerpl. 10